

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlungen über die Geschäftsstücke 70, 71, 72, 74, 75, 79, 80, 81, 82, 83, 84 und 85 der Tagesordnung, sie betreffen Abschlüsse von Baurechtsverträgen zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn GR Niedermühlbichler, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Georg **Niedermühlbichler**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Aktenstoß.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich danke auch für die Mühe, dass Sie die Anträge nach vor geschleppt haben, Herr Kollege! Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm. Bitteschön.

GR Norbert **Walter, MAS** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat! Geschätzte Damen und Herren!

Es geht heute um Neuabschlüsse von Baurechtsverträgen von Siedlungsmietern, die nach dem Krieg mehr oder weniger ihre Häuser aufgebaut haben, die mit eigener Kraft, mit eigenem Geld und mit eigener Mühe und Plage in einer wohl der größten Nöte in diesem Lande ihre eigenen Häuser auf Stadt Wien aufgebaut haben. Sie haben bisher auf Grund dieser Tatsache einen aus meiner Sicht angemessenen Mietzins bezahlt, wenn man vergleicht, was ein Mieter in einem Haus der Stadt Wien bezahlt, weil die bezahlen nämlich weniger und vor allem die mussten das Haus nicht errichten sondern nur mit Sack und Pack dort einziehen. Und Hans Looberger hat einmal gesagt: Man spricht von Gerechtigkeit und denkt an Gewinn. Und wenn ich an die Sozialdemokratie denke und appelliere, eines der

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

großen Schlagworte ist die Gerechtigkeit, dann sehe ich hier ein tiefes Unrecht gegenüber diesen Siedlungsmietern, denn das die mehr bezahlen sollen, als andere anderen, die das Haus nicht erhalten müssen, die es nicht selbst gebaut haben mit eigener Kraft und eigenen Händen, eigenem Geld, vor allem auch mit eigenen Krediten. Ich glaube, das ist zutiefst ungerecht und wenn der Kollege Chorgherr auch vorher gesprochen hat von Gerechtigkeit, dann gebe ich ihm auch heute mit, darüber nachzudenken, was in diesen Aktenstücken letztendlich mit den einzelnen Bauträgern beschlossen werden soll, denn es sind deutliche Verschlechterungen drinnen. Es sind Indexierungen drinnen. Und vor allem es ist auch drinnen, dass die Kinder, sobald sie volljährig sind, nicht mehr zu den gegebenen Bedingungen die Häuser übernehmen können, und ich kenne wenige Kinder, die minderjährig in so ein Haus eintreten können. Das bedeutet vor allem für die Kinder und die Enkelkinder, deren Großeltern in der Regel aufgebaut haben, dass sie dann mehr als Dreifache bezahlen müssen. Und da appelliere ich schon auch an Sie, darüber nachzudenken, ob das gerecht ist. Weil ich finde es nicht okay, wenn man auf der einen Seite sich hinstellt und sagt, wir reden von Gerechtigkeit aber man führt sie nicht aus. Das ist so wie Luftschlösser bauen. Den Menschen alles zu versprechen und letztendlich nichts einzuhalten. Selbst im Jahre 1996, damals war der jetzige Bundeskanzler Wohnbaustadt, der jetzige Staatssekretär Ostermeyer war Büroleiter vom Herrn Wohnbaustadt damals, und da gibt es einen Schriftverkehr, wo den Siedlern angeboten wurde, dass sie sehr wohl auch ihre Häuser, ihre Grundstücke kaufen können zu einem angemessenen Kaufpreis. Damals lag der Preis bei ungefähr 1 600 Schillinge. Und ich frage Sie, warum hat man nicht diesen Weg gewählt, dass man ähnlich wie im Kleingarten, im EKLW, den Siedlerinnen und Siedler diese Häuser zum Kauf angeboten hat? Sie wissen in der Regel selbst, dass diese Häuser kaum bis selten oder gar nie auf den Markt erscheinen, ebenso wie die Stadt Wien

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Reihenhäuser. Und ich denke, es wäre der fairste und ehrlichste Zugang gewesen, den man wählen hätte können. Denn jetzt kommt ja noch eines hinzu. Es gibt auch im Vertrag drinnen im Punkt 5 auf der Seite 3 den Verzicht, dass die Siedler hätten bisher 25°Prozent des Wertes ihrer Häuser beim Auszug bekommen und jetzt fallen auch diese 25°Prozent weg. Das heißt Sie nehmen ihnen in Wahrheit das Sparbuch oder das berühmte symbolische Sparbuch weg. Und wenn das gerecht ist, dann sollte Sie sich alle selbst in der Früh in den Spiegel schauen und wenn Sie da mit abstimmen und wenn Sie da dazu ja sagen können, dann würde ich dieses Wort aus Ihrem Partei- und Propagandawortschatz jedenfalls streichen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich habe durchaus Verständnis, wenn man sagt, dass wenn ein Neusiedler oder ein Neumieter, eine Neumieterin so ein Haus bezieht, dass man dann einen fast marktkonformen Mietpreis bezahlen muss. Aber für diejenigen, die nach dem Krieg und die Generationen danach, die die Häuser selbst erhalten haben müssen, die selbst die Häuser mit aufgebaut haben, jetzt so zur Kassa zu bitten

Mietpreis bezahlen muss, aber für diejenigen, die nach dem Krieg und die Generationen danach, die die Häuser selbst erhalten haben müssen, die selbst die Häuser mit aufgebaut haben, jetzt so zur Kassa zu bitten, das kann wohl nur nach Hans Loberger sein, man spricht von Gerechtigkeit und denkt an Gewinn. Und vielleicht überlegen Sie sich das noch einmal, es werden in der nächsten Zeit noch einige andere auch auf uns zukommen, ich halte das jeden falls für unfair, unsozial und ungerecht und ich sage das nicht, weil ich auch weiß, dass es im Vergleich zu Marktmieten durchaus günstig ist, aber ich sage das, weil es aus eigener Kraft und eigener Hände gebaut wurde und vielleicht nehmen Sie sich auch von Rot und Grün den Spruch, Marie von Ebner, von Eschenbach zu Herzen, das Recht des Stärkeren, ist das stärkste Unrecht. In diesem Sinne stimmen wir diesem Aktenstück nicht zu.

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Kasal, ich erteile es ihm.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzende, sehr geehrter Berichterstatter, meine Damen und Herren, verehrter Stadtrat!

Erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn meiner Rede, ganz kurz noch auf die aktuelle Stunde eingehe, hier hat der Herr Klubobmann Schicker, Klubobmann der SPÖ, sehr viel über Postenschacher gesprochen und ich bin überzeugt davon, er ist Experte, er ist Experte für Postenschacher. Genau das, herzlichen Dank

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Kasal, darf ich Sie bitten, zu Aktenstücken zu reden.

GR Mag Günter **Kasal** (*fortsetzend*): Ich spreche zum Aktenstück.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ja, bitte.

GR Mag Günter **Kasal** (*fortsetzend*): In Kürze. Herr Günther, Herr Schicker hat zitiert, Herr Günther ist auf einmal Sektionschef im Sozialministerium, obwohl er eigentlich überhaupt nichts damit zu tun gehabt hat. Herr Dr. Günther war 20 Jahre lang Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, hat dann seinen Job gewechselt als Beamter und jeder, der ein bisschen

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Darf ich Sie bitten, zum Aktenstück zu reden.

GR Mag Günter **Kasal** (*fortsetzend*): Herr Vorsitzender, es wird doch hoffentlich erlaubt sein, eine Minute meiner Rede etwas richtig zu stellen, was eindeutig falsch ist. Auch im Zusammenhang mit dem zweiten Punkt vom Herrn Schicker, das wird doch hoffentlich möglich sein.

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Vorsitzender GR Mag Thomas Reindl: Wir haben aber jetzt einen Wiener Wohnen Akt auf der Tagesordnung, Herr Kollege, wir haben jetzt einen Wiener Wohnen also einen vom Wohnbaustadtrat Akten auf der Tagesordnung und reden nicht über die aktuelle Stunde. Ich darf Sie daher bitten, sagen Sie noch einen oder zwei Sätze, was Ihnen am Herzen liegt und sprechen Sie dann zum Akt. Sie haben bereits fast zwei, drei Minuten über die aktuelle Stunde gesprochen.

GR Mag Günter Kasal (fortsetzend): Nein, in der aktuellen Stunde gibt's keine tatsächliche Berichtigung.

Ja Sie unterbrechen mich auch dauernd. Also gut, Herr Schicker hat gesagt, es wurde eine Agentur gegründet, wo Ministerbüromitglieder der FPÖ versorgt wurden, das ist nachweislich falsch, die Agentur wurde gegründet unter einer BZÖ Ministerin, ein Jahr zu spät, nämlich 2006, das wissen wir alle und das weiß auch der Klubobmann Schicker. Jetzt zum Aktenstück: Sehr geehrter Herr Stadtrat, ich appelliere mit diesem Taferl, das nicht von mir stammt, sondern das natürlich in den Genossenschaften kursiert, an Ihr soziales Gewissen. An Ihr soziales Gewissen darum, weil die Erhöhung der Baurechtsverträge, wie auch mein Vorredner bereits gesagt hat, wirklich weit weg von jedem sozialen Verständnis ist. Die Erhöhung von 8,38, 8,38 Euro mag vielleicht kurzfristig, betreffend die Altmieten, abgemildert werden, aber auch die 2,80 Euro sind bereits eine Vervielfachung der derzeitigen Beträge. Das besonders unsoziale ist, diese Genossenschaftshäuser und da zeige ich Ihnen jetzt ein paar Bilder, die werden aktuell, die werden aktuell immer noch renoviert. Leute, die heute Geld investieren in ihren Wohnraum, müssen, wenn etwas ganz schlimmes passiert, was ich niemandem wünsche, aber trotzdem wenn es da zu einem Generationenwechsel aufgrund eines Todesfalls kommt, müssen die Kinder, wenn sie volljährig sind, was meistens der Fall ist, wenn so etwas eintritt,

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

müssen die bereits die 8,38 Euro zahlen. Das ist bitte, bei Gott, nicht sozial. Es ist im Weiten, in einer weiteren Hinsicht nicht sozial, nehmen Sie als Beispiel, ich kann jetzt nicht diesen Aktenberg hier durch besprechen, nehmen Sie als Beispiel die Siedlung Süd-Ost, da wurden die Grundstücke mittels Schenkungsvertrag der Gemeinde Wien geschenkt, mit dem Sinn soziale Zwecke für Wohnen weiter zu fördern. Wir haben hier noch einen Gedenkstein im 10. Bezirk, der an dieses Anliegen erinnert. Die 8,38 Euro für die Nachfahren der derzeitigen Mieter, sind sicherlich nicht in diesem Sinne. Na, ich geh gar nicht ein. Warum sind diese Baurechtsverträge und vor allem die Situation, wie diese Verträge zum Abschluss nun kommen, so zu hinterfragen und so wert sie zu kritisieren? – das ist ganz einfach, die Stadt Wien und die Genossenschaften schließen einen Vertrag ab. Die Genossenschafter, die in den Genossenschaften ihre Zustimmungserklärung, die unter sehr fragwürdigen Umständen eingefordert wird, tätigen, tätigen die aufgrund von unvollständigen Informationen. Diese Briefe sind wirklich eine Gemeinheit, wie die Leute hier, ich sage es jetzt einmal, uninformiert gelassen werden. Das ist wirklich alles andere als in Ordnung. Kaum ein Genossenschaftsmieter, hat den tatsächlichen Baurechtsvertrag zu Gesicht bekommen, wenn er nicht ohnehin in einer führenden Position in der Genossenschaft ist. Kaum ein Genossenschafter, hat die Vereinbarung über einen vorübergehenden Verzicht, da geht es um diese Altm Mieter, jemals zu Gesicht bekommen. Kaum ein Genossenschaftsmieter, hat den Sideletter, hat den Sideletter jemals zu Gesicht bekommen. Der Sideletter hat etwas besonders bemerkenswertes in seinem Text. Ich darf Ihnen, ganz kurz, aus dem Genossenschaftsgesetz § 1 Abs 1 zitieren, dieses Gesetz gilt für Personenvereinigungen mit Rechtspersönlichkeit von nicht geschlossener Mitgliederzahl, die im Wesentlichen der Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder dienen, wie für Kredit-, Einkauf-, Verkaufs-, Konsum-, Verwertungs-,

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Nutzungs-, Bau, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften. Das ist im Zusammenhang mit dem Sideletter besonders interessant, denn im Sideletter verpflichtet die Stadt Wien die Genossenschaften zu Folgendem und zwar steht hier unter Verrechenbarkeit des Bauzinses: Aufgrund der gesetzlichen Bestimmung, gehen beide Vertragsteile davon aus, dass der gegenständliche Bauzins an die Mieter weiterverrechnet werden kann. Jetzt stelle ich mir schon einmal die Frage, wenn beide Vertragsteile von der Rechtskonformität ausgehen, warum brauch ich dann einen Sideletter, der als einzigen Inhalt, diese Feststellung und die nachfolgenden Absätze hat die auch, diesen Punkt betreffen. Da brauch ich keinen Sideletter, wenn eh alles rechtskonform ist. Sie haben aber Recht, dass sie diesen Sideletter machen, denn sie gehen davon aus, dass es, unter Umständen, nicht rechtskonform ist, ich darf nur, in diesem Zusammenhang, den Herrn Prof. Ludl, sicherlich ein Experte im Genossenschaftswesen, hat auch unterrichtet lange Zeit an der WU, zitieren, der hat genau gesagt, dass das, dass diese Nutzungs, diese Verlängerung der Baurechtsverträge nicht in Ordnung ist, das heißt, Sie wissen das bereits, machen es aber trotzdem und machen es in einer Höhe, die zu großem Unmut innerhalb der Genossenschaftsmitglieder führt, das heißt, der vernünftiger Weg wäre gegangen, wäre gewesen entweder, ich versuche das in ein.....

Diese Verlängerung der Baurechtsverträge nicht in Ordnung ist. Das heißt sie wissen das bereits machen es aber trotzdem. Und machen es in einer Höhe, die zu großem Unmut innerhalb der Genossenschaft Mitglieder führt. Das heißt der vernünftiger Weg wäre gewesen entweder ich versuche das in einer Mediation unter vollständiger Information der Genossenschaftsmieter zu einer moderaten Erhöhung

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

aber nicht die Genossenschaftsmitglieder etwas unterschreiben lassen, sie nicht informieren. Bei den Informationsveranstaltungen, auch besonders lustig, den Teufel unter Anführungszeichen der Stadt Wien oder Gemeinde Wien an die Wand malen, dass die dann für euch zuständig sind, das werdet ihr doch alle nicht wollen ist mehrfach in den Informationsveranstaltungen gesagt worden. So schlimm wird die Gemeinde Wien ja hoffentlich nicht sein. Aber warum ich den Punkt jetzt herausgenommen habe, die Stadt Wien verpflichtet die Genossenschaften zu folgenden ich darf das auch kurz vorlesen nur damit das klar ist und sie auch einmal gesagt. Die Bauberechtigte, also Genossenschaft verpflichtet sich alles in ihrer Macht stehende und zumutbare zu unternehmen und dies abzuwenden. Also die Rechts wenn geklagt wird. Sie verpflichtet sich insbesondere über diese Frage allenfalls anhängig werdende Gerichtsverfahren und dazu Hilfenahme anwaltlicher Vertretung mit Eifer und Gewissenhaftigkeit zu führen und alle Rechtsmittel bis hin zum obersten Gerichtshof auszuschöpfen um die Weiterverrechenbarkeit des Bauzinses sicher zu stellen. Das heißt der kleine Genossenschafter mit einem meist eher sehr geringem Einkommen wird von seiner Genossenschaft aus meiner persönlichen Sicht entgegen den Genossenschaftsgesetz bis zum obersten Gerichtshof gezerrt um die Rechtskonformität dieses Vertrages herzustellen. Sind sie mir bitte nicht böse, ich bin von dieser Vorgangsweise alles andere als überzeugt und ich finde das sehr, sehr bössartig gegenüber den Mietern und den Genossenschaftern, den einzelnen.

Warum das ganze, eigentlich doch in dieser Art und Weise über die Bühne gehen konnte, ich bin da zufällig auf etwas gestoßen, da hätte ich jetzt einerseits dann ein paar Fragen und ein paar Mitteilungen, warum das so über die Bühne gehen konnte ist auch gleich erklärlich, die Vorstände, Aufsichtsräte und Gremien der Genossenschaften sind weitgehend Personalident mit hochrangigen Mitgliedern der

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Sozialdemokratie aber da sage ich nichts neues für sie aber nur jetzt für die
Allgemeinheit zufällig. Wir wissen genau die Frau Schubert ist eine Kollegin hier im
Gemeinderat der Siedlungsunion beispielsweise, der Herr Wolf ist ein hochverdienter
Bezirksrat, geschäftsführender Vorsitzender seiner Sektion Bezirksrat für Stadlau,
Umweltausschussvorsitzender der Donaustadt, stellvertretender Vorsitzender der
jungen Generation ist er gewesen, seit 2005 ist er stellvertretender Klubobmann, das
bedeutet die Stadt Wien mit einem Sozialdemokratischen Vorstand verhandelt mit
den höchsten Vertreter der SPÖ Wien, einen Baurechtsvertrag aus, der zum Nachteil
der einzelnen Genossenschaftsmitgliedern ist, und das ist das besonders
bemerkenswerte und sehr geehrter Herr Stadtrat erlauben sie mir bitte noch
abschließend eine Frage und zwar ich kann nicht sagen ob es tatsächlich stimmt
aber man sollte sich das einmal anschauen ich habe eigentlich relativ genau
recherchiert im Gegensatz zum Klubobmann Schicker ich hätte laut
Firmenbuchauszug von Gestern einen Herrn Manfred Wurm mit dem Geburtsdatum
wie der Herr Bezirksvorsteher aus Liesing als Vorstand der Altmannsdorf, Hetzendorf
geführt. Ich weiß nicht ob das mit dem Berufsverbot für Bezirksvorsteher vereinbar
ist. Er ist angeblich seit Mitte der Neunzigerjahren dort bereits Vorstand. Jetzt weiß
ich in den letzten Wochen ist eine Bezirksvorsteherin aus dem 8. Bezirk glaub ich
kritisiert worden, wegen einer Aufsichtsratsstätigkeit und da wäre es zum Beispiel
aufzuklären ob der Herr Wurm, der selbe Wurm ist der Bezirksvorsteher ist und
gleichzeitig der Vorstand der Genossenschaft wobei das auch ein Gutes Beispiel ist
wenn er der selbe ist, das eigentlich Spitzenfunktionäre der SPÖ Wien mit der Stadt
Wien den Baurechtsvertrag abschließen, diesen Baurechtsvertrag der eindeutig zum
Nachteil für die Genossenschaftsmieter ist. *(Beifall)*

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Aus den genannten Gründen werden wir diesen Geschäftsstücken nicht zustimmen. *(Beifall)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: so zur Geschäftsordnung hat sich der Herr GR Jung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Sie haben 5 Minuten.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke Herr Vorsitzender! Sie haben vorher meinen Vorredner nach einer halben Minute unterbrochen weil er eine Richtigstellung durchführen wollte, eine Bemerkung zu einem der Vorredner gemacht hat. Stimmt rein formal sind sie im Recht. Aber *(Zwischenruf)*

Hier in diesem Haus laufend geübter Vorgang dass jemand zu einem Vorredner eine Nachbemerkung macht.

Zum zweiten Sie können raus kommen, zum zweiten hat er diese Vorbemerkung deswegen gemacht, weil es wie sie genau noch wissen, nach der Geschäftsordnung, keine Möglichkeit nach dieser Geschäftsordnung gab, bei diesem Geschäftsordnungsstück eine Richtigstellung zu machen und die Richtigstellung dass der Kollege Günther nicht durch diese ... hineingekommen ist und dass man vielleicht einem Freiheitlichen auch noch eine Funktion übergeben darf, der noch dazu eine sozialdemokratische Ministerin weil er gut war in dieser Funktion bestätigt hat. Diese Vorgangsweise Herr Vorsitzender nährt den Verdacht der Willkür. Dieser ist dadurch unterstrichen. Ich habe gestern in der Früh mit dem Kollegen Schuster gesprochen. Gestern in der Früh, sie haben vorgestern einen Verlangen von mir nach Ordnungsrufen der Grünen übergangen in ihrer Manier weil sie jemanden nachschauen wollten. Was im Protokoll steht, sie haben es jetzt ziemlich schnell erkannt, sie mussten nicht nachschauen. Sie haben nichts unternommen, genauso wie es die abgegangene Vorsitzende gemacht haben. Sie haben nichts

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

unternommen. Ich bin gestern in Früh noch vor dem Messerspielchen da ihres Abgeordneten zum Klubobmann Schuster, zum Vorsitzenden Schuster gegangen und habe gesagt Herr Vorsitzender in Anbetracht des aufgeheizten Klimas verzichtet ich auf die Behandlung dieses Ordnungsrufes, damit es ruhiger vor sich geht und ich erwarte mir, dass in Zukunft eine objektivere Vorsitzführung hier in dieser Form erfolgt. *(Zwischenruf)*

Sie ist nicht erfolgt, Herr Kollege und ich kann ihnen eines sagen, wir haben zugestimmt bei ihrer Wahl, weil wir grundsätzlich bis zu den Vorfällen mit den Grünen jetzt allen Parteien das Recht zugestanden haben, ihren Vorsitzenden oder ihrer Funktionen zu wählen. Jetzt sag ich Ihnen eines, es hat keine Auswirkungen, das weiß ich aber mein Vertrauen haben sie sicher nicht mehr. *(Beifall)*

Vorsitzender GR Mag Thomas Reindl: Bevor ich den Herrn Vorsitzenden Schuster das Wort erteile, weise ich einmal zurück dass ich willkürlich handle, ich darf festhalten dass in der Präsidialen vereinbart wurde dass die Vorsitzenden verschärft darauf achten werden, dass zum Geschäftsstück gesprochen wird. Wenn Sie sich das im Freiheitlichen Klub nicht zu allen durchgesprochen hat, ist das ihr Problem und nicht meines, ich habe dem Herrn Kasal auch ein paar Sätze dann noch gegeben und darf auch alle anderen Damen und Herren bitten in Zukunft sich penibler an diese Regelung zu halten. Möglicherweise haben wir beim Rechnungsabschluss da oder dort nicht so genaues und hart durchgegriffen. Aber bei einer regulären Gemeinderatssitzung erwarte ich schon, dass zum Geschäftsstück gesprochen wird. *(Beifall)*

Herr GR Vorsitzender Schuster hat sich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet. Bitteschön.

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

GR Godwin Schuster (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Im Großen und Ganzen hat ja mein Vorredner jetzt der Vorsitzende bereits das gesagt was ich auch sagen wollte. Ich habe bewusst in der Präsidialkonferenz gesagt wir müssen uns und zwar über eigentlich auch Aufforderung und Erinnerung anderer Klubs, wir müssen uns viel, viel stärker mit dem vorgegebenen Thema befassen und nicht Jeder redet über alles wenn er meint etwas sagen zu müssen. Das sieht die Geschäftsordnung so vor und ich habe die Vorsitzenden gebeten, sich penibel an das zu halten. Ich habe nicht den Eindruck gehabt dass in der Präsidialkonferenz jemand nicht diese Meinung vertreten hat, dass wir uns verstärkter an die Geschäftsordnung halten sollten. Ich glaube das liegt in unserem allgemeinen Interesse, an das könnten wir hier

..... sich penibel an das zu halten. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass in der Präsidialkonferenz jemand nicht diese Meinung vertreten hat, dass wir uns verstärkter an die Geschäftsordnung halten sollen. Ich glaube, das liegt in unser allgemeinem Interesse, anders könnten wir hier einen Vorsitz nicht führen. Und wenn wir hier viel zu locker – ein Spielraum ist ja da – viel zu locker das handhaben, würde ich dem Kollegen Jung recht geben, wenn er uns kritisiert.

Aber zum anderen. Es ist richtig, Sie sind gestern zu mir gekommen und haben mich erinnern, Kollege Reindl hätte einen Ordnungsruf nicht erteilt, den Sie verlangt haben. (*Zwischenruf*) Ja. Und ich habe Ihnen dann gesagt, ich habe von dem nichts gewusst und ich habe Ihnen aber auch gleichzeitig gesagt, eigentlich müsste Godwin Schuster, den Vorsitzenden Godwin Schuster auffordern, dem Kollegen Jung einen Ordnungsruf zu erteilen, weil Sie mir – ich bin hier gesessen – in der Diskussion, wo

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Sie eine Studie vorgestellt haben aus der FAZ und ich nichts anderes wissen wollte als wer ist der Autor dieser Studie, Sie zu mir gesagt haben in einem Ton, den ich persönlich nicht gewohnt bin, "halt'ns die Pappn". – (Zwischenruf)

Und das ist etwas, wo ich sage, (Zwischenruf) das ist, (Zwischenruf) ich habe es Ihnen sogar gestern auch gesagt, da waren Sie weniger empört, (Zwischenruf) es ist in der Tat so gewesen. Sie haben sogar (Zwischenruf) auch gegenüber den GRÜNEN ähnliches gesagt und daher schauen Sie im Protokoll nach. (Zwischenruf) Sie werden dann die Zwischenrufe eingearbeitet bekommen (Zwischenruf) und schauen Sie nach. (Zwischenruf) Dann schauen Sie es sich an. (Zwischenruf)

Und ich sage Ihnen, Kollege Jung, zur Geschäftsordnung noch immer – ich weiß nicht, wie lange ich noch Zeit habe – ich sage Ihnen, Kollege Jung, (Zwischenruf) ich würde Sie inständigst ersuchen, Ihre bisherige Praxis, die Sie in den letzten Monaten an den Tag legen, hier etwas zu verändern. Es ist unbedingt notwendig, dass hier in diesem Haus ein Klima herrscht, wo wir normal über alles diskutieren können. Ich sage Ihnen das nur und ich kann das nur ersuchen, dass Sie sich daran halten. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist der Herr GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, dass diese eher willkürlich vom Zaun gebrochenen Geschäftsordnungsdebatten, insbesondere von der FPÖ, auch dazu dienen, zu einer gewissen Verwirrung beizutragen. Es geht darum, dass die Ausführungen zum Akt ja sowohl vom Kollege Kasal als auch heute leider vom Kollgen WALTER ja in hohem

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Unmaß unsachlich waren, unseriös waren und nichts mit den Tatsachen zu tun haben.

Und ich glaube, in einer fairen Debatte ist das sehr leicht dann zu widerlegen. Das werde ich auch machen und wird auch der Kollege Chorherr noch machen. Aber für die Zuseher da oben beziehungsweise auch für die vielen Zuseher oder Zuhörer am Internet ist es natürlich außerordentlich verwirrend, wenn da vollkommen künstlich vom Zaun gebrochene Geschäftsordnungsdebatten sind, damit kann man sozusagen dem Diskussionsduktus schwer folgen der Außenstehende und damit wird zur Verwirrung beigetragen und nicht zur seriösen Abhandlung von wichtigen Geschäftsstücken und deshalb ist diese Vorgangsweise wirklich scharf zurückzuweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber jetzt zum Geschäftsstück. - Von der FPÖ habe ich mir nichts anderes erwartet. Aber ich muss wirklich ein persönliches Wort zum Kollegen WALTER sagen, also in Abwandlung eines römischen Sprichwortes, "wenn du geschwiegen hättest, wärest du" – im Original heißt es – "wärest du ein Philosoph geblieben", in dem Fall sage ich, "ein seriöser Politiker geblieben", aber heute hast du dich, und ich hoffe, das bleibt ein Ausnahmefall, wirklich dem Demagogen sehr angenähert und das ist enttäuschend, Kollege WALTER. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Faktum ist, dass die Lösung der Baurechtszinse, wie wir sie gefunden haben und wie sie von der überwältigen Mehrheit der Betroffenen ja mitgetragen worden ist. Die Befragungen haben zwischen 83 und 99 Prozent Zustimmung ergeben, dort, wo befragt worden ist, außer bei der Siedlungsunion; bei Altmannsdorf-Hetzendorf hat mir die bezirksmäßig zuständige Kollegin Mörk gesagt, 93 Prozent beziehungsweise 98 Prozent. Diese Lösung ist eine außerordentlich soziale, eine außerordentlich

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

gerechte und wir können dem Herrn Stadtrat und seinem Team wirklich gratulieren, dass ihm das so gut gelungen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Weil es ist natürlich für jeden, das ist verständlich, der bisher sehr sehr wenig für ein Bewohnen eines Hauses und eines größeren Gartenstückes gezahlt hat, nie erfreulich, wenn er mehr zahlt. Man gewöhnt sich an das, dass man in dem Fall wenig zahlt und immer, wenn man mehr zahlen muss, ist das irgendwie bitter. Das ist menschlich verständlich ja, und niemand wird sich darüber freuen. Das ist auch verständlich. Aber trotzdem ist es auch Aufgabe der Stadt und der zuständigen Politiker insgesamt für die gesamte Stadt Wien ein möglichst hohes Maß an Gerechtigkeit herzustellen. Wobei diese Form der Gerechtigkeit ja insofern noch eine relative ist, als die Betroffenen hier noch immer sehr bevorteiligt sind gegenüber anderen Mietern in den Gemeindebauten, Mietern in den Genossenschaften und vom freien Markt will ich überhaupt nicht reden, der ja noch um vieles vieles teurer ist.

Also dieses hohe Bemühen gerechte und einvernehmliche, weitgehend einvernehmliche Lösungen zu finden, standen im Vordergrund und das muss man wirklich auch deutlich hervorheben. Dass das Baurecht ja auch zu trennen ist von den sich darauf befindlichen Baulichkeiten. Der Bauzins wird für die Benutzung des Grundes entrichtet, während das Gebäude, theoretisch zumindest, weiterhin der Genossenschaft gehört. Ja, es fühlt sich jeder als Eigentümer und das ist auch verständlich, aber es gehört der Genossenschaft.

Und die derzeit gültigen Verträge, die ursprünglich in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts abgeschlossen wurden, sind im Durchschnitt bei 0,9 Cent, das ist 0,009 EUR pro Quadratmeter Grundfläche und Monat. Und das ist etwas, was jeden einzelnen freut, der dort wohnt, aber natürlich im Sinne der Gerechtigkeit eine

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

maßvolle Anpassung in hohem Masse gerecht ist und das ist noch ganz ganz weit von marktkonformen Sachen. Wir haben auch nicht als Stadt Wien vor, überall marktkonform die Verhältnisse herbeizuführen, sondern wir schauen darauf, dass die Menschen in dieser Stadt sozusagen dort, wo der Markt sehr schlechte Ergebnisse liefern würde, bessere Ergebnisse bekommen. Und wir bekommen sie auch und das ist auch gut so. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Tatsachen sind – mit 31.12.2012 laufen 12 Baurechtsverträge zwischen der Stadt Wien und insgesamt 4 gemeinnützigen Bauvereinigungen aus. Es werden noch weitere folgen. Und es handelt sich bei diesem historischen Erbe aus den dreißiger Jahren eben um eine Sache, wo wir sehr sehr behutsam, und der Herr Stadtrat, sehr sehr behutsam damit umgegangen ist. Nur mit dem Auslaufen der Verträge und ohne neue vertragliche Neuregelung, auch wenn es so gewesen wäre, würden die Liegenschaften zur Gänze wieder an die Stadt zurückfallen, und wäre die Stadt daran interessiert, einfach wie in einem Anfall von Demagogie der sonst seriöse Kollege WALTER gesagt hat, auf Profit aus, dann hätte man wirklich ganz etwas anderes machen können, wo wirklich sehr sehr viel Geld mehr hereinkommt. Aber das wäre dann unsozial, sondern man hat den sozialen Weg gewählt, gemeinsam und im Gespräch faire Lösungen zu finden. Und hier ist es wirklich so, dass man diese 0,009 Cent pro Quadratmeter, wenn man das umrechnen würde, ist es noch immer so, dass die jetzigen Altmietler in etwa ein Viertel von dem, also nämlich 2,80 EUR pro Jahr insgesamt und pro Quadratmeter zahlen werden. Und das sind immerhin die, die jetzt drinnen wohnen und deren Lebensgefährten beziehungsweise Ehepartner und auch die minderjährigen Kinder, sofern sie im gleichen Haushalt wohnen. Die zahlen noch immer außerordentlich günstig. Das muss man auch dazusagen. Und selbst die, die sozusagen irgendwann neu

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

hineinkommen werden, sind noch weit unter dem Marktwert, das muss auch ganz deutlich gesagt werden.

Und deshalb kann man sagen, diese Verträge sind ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Und es ist so, dass wir es auch so gemacht haben, dass die genossenschaftlichen Baurechtszinse nach der Nutzfläche abgeschlossen wurden nach einem Gutachten, die sozusagen am günstigsten waren und man hat einen einheitlichen Tarif für ganz.....

... so, dass wir es auch so gemacht, dass die genossenschaftlichen Baurechtszinse nach der Nutzfläche abgeschlossen wurden nach einem Gutachten die sozusagen am günstigsten waren und man hat einen einheitlichen Tarif für ganz Wien dann geschaffen nach diesem günstigen Weg und der Bauzins orientiert sich am niedrigsten Verkehrswert der zwölf betroffenen Liegenschaften. Damit will ich sagen und damit meine ich hat man wirklich den für die Betroffenen günstigsten Weg gewählt und ähnlich der Mietzinsberechnung bei Wiener Wohnen wie auch beim geförderten Wohnbau ist es so, dass künftig 90 Prozent dieses ohnehin günstigen Wertes für die Berechnung des Baurechtszinses herangezogen werden und daraus resultiert eben der jährliche Bauszins von 8,38 Euro per anno also pro Jahr pro Quadratmeter Grundfläche, das heißt somit 79 Cent pro Quadratmeter Grundfläche pro Monat. Das sind jetzt relativ viel Zahlen, aber auch wenn man die Zahlen hört sieht jeder, dass es durchaus günstig ist und dass man hier das Gütesiegel der hohen sozialen Verträglichkeit durchaus dem Stadtrat und seinem Team zusprechen kann. Die Laufzeit der neugenossenschaftlichen Baurechtsverträge beträgt 60 Jahre, also man hat wieder eine sehr lange Zeit der Rechtssicherheit, zumindest die jetzt schon volljährig sind. Das Lebensalter steigt immer mehr und ich hoffe möglichst viele werden auch nach 60 Jahren noch immer unter uns sein, aber es ist doch so

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

das man bei 60 Jahren gut planen kann und das man hier einen sehr langfristigen Abschluss wieder vorgenommen hat und das diese neuen vertraglichen Abschlüsse sozial ausgewogen sind habe ich schon gesagt. Ich könnte jetzt noch einige Beispiele bringen, wie es ist Vergleichsweise im Gemeindebau. Dort ist es, also obwohl unsere Gemeindebauten selbst wiederum in etwa die Hälfte an Miete einfordern wie es wäre, wenn der private Markt herrschen würde. Also im Durchschnitt ist es noch weit unter den Gemeindebauten, selbst die Neumieter oder die Neubaurechtsnehmer, der geförderte Wohnbau ist auch teurer obwohl er bei uns durch die breite Förderung relativ günstig ist und wie gesagt vom freien Wohnungsmarkt will ich gar nicht reden und deshalb meine ich war es schon richtig, dass im Sinn größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit, man kann dicke Bücher darüber schreiben, was ist sozial gerecht, aber eines kann man schon sagen, dass das sozial gerecht ist was hier ausgehandelt wurde, dass ist wirklich zu 100 Prozent richtig und damit noch einmal herzlichsten Dank Stadtrat, dass das so gut gelungen ist, dass muss man deutlich sagen. Einige Sachen seien auch noch erwähnt, was zwischendurch behauptet worden ist, es war eine böse Überraschung aus heiterem Himmel und niemand hat damit rechnen können, das stimmt nicht. Jeder weiß, dass mit 31.12.2012 der Vertrag ausläuft und man rechtzeitig begonnen alle Menschen zu informieren und wie mir jetzt auch die Experten erzählt haben sind bei diesen Informationsveranstaltung in gegen der Unwahrheiten von Kasal natürlich alle Fakten am Tisch gelegen und alle haben sich objektiv informieren können und im Endeffekt sind auch die meisten sehr zufrieden und deshalb möchte ich sagen, dass es auch so ist, wenn, ich habe sehr viele Zahlen da, man könnte jetzt auch noch da legen in wie weit, wie viel hat damals ein Steinmetz verdient und heut, wie viel hat damals ein Kilo Butter gekostet und heute hätte ich mir auch vorbereitet, aber das will ich jetzt, ein Beispiel nur Yilmaz, es ist so, der Lohn hat sich seitdem ver Hundertfacht seit den

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

30er Jahren und die Altmietler zahlen das 26fache. In Relation gesehen, ein Viertel von dem, wenn man das in Relation zum Lohn sieht und selbst die Neumietler zahlen das 80fache, also wohnen auch noch günstiger als es damals der Fall war. Das ist das eine Beispiel, das angefordert wurde und in diesem Sinn meine ich noch einmal, dass man wirklich hier die Kirche im Dorf lassen soll und dass man hier an einem ganz konkreten Beispiel wieder einmal bewiesen hat, dass Wien die sozialste Millionstadt auf diesem Planeten ist und noch einmal herzlichen Dank dafür Stadtrat Ludwig.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist GR Univ. Prof. Dr. Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Berichterstatter, Stadtrat, meine Damen und Herren, liebe Gäste auf der Galerie. Zum Kollegen Stürzenbecher, bitte wir führen keine willkürlichen Geschäftsordnungsdebatten. Wir führen sie dann wenn sie nötig sind und wir haben das Recht sie zu führen und wir führen sie daher auch. Kollege Stürzenbecher spricht von sozialer Lösung und gerecht, das sehe ich nicht so, in Zusammenhang mit den Baurechtsverträgen mit den neuen. Er spricht gerade zu von einer, wie hat er gesagt, Bevorzugung oder so ähnlich, Bevorteilung hat er gesagt, Bevorteilung der Siedler. Also das ist überhaupt nicht so, von einem behutsamen umgehen, das sehe ich auch nicht, aber Kollege Stürzenbecher hat in einem vollkommen recht, mit dem freien Wohnungsmarkt kann man es nicht vergleichen und es soll auch meine Damen und Herren unvergleichbar bleiben. Wir sprechen vom Abschluss der neuen Baurechtsverträge mit den Siedlungs- und Wohnungsgenossenschaften, Siedlungsunion, Gartensiedlung, Südost, Altmannsdorf und Hetzendorf, weil die bisherigen Baurechtsverträge auslaufen. Wir werden alle

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

diese Baurechtsverträge, die neuen 70, 71, 72, das sind die Postnummern 74, 75, 79 bis 85 ablehnen. Das wird niemanden überraschen nehme ich an, aber ich werde es trotzdem noch einmal erklären warum. Erstens, der Baurechtszins wird massiv angehoben. Es ist eine Tatsache, dass er massiv angehoben wird. Wer etwas anderes sagt, sagt nicht die Wahrheit. Sie zitieren mich wörtlich und zitieren Sie mich wörtlich und dann werden Sie sehen das ich recht habe. ... Zwischenrufe... Sie müssen lauter Reden damit ich Sie verstehe, weil ich bin selber laut wie Sie wissen. Auch wenn 8,38 Euro laut Vertrag dann nicht für die Altsiedler gelten, die Altsiedler ist etwas anderes als wir heute üblicherweise unter Altsiedler verstehen, aber ist schon in Ordnung. Nämlich die bis 31.12.2012 halt in Besitz ihrer Siedlungshäuser sind auch wenn die nicht für die Altsiedler gelten sondern nur ein Drittel davon ist es trotzdem wichtig festzuhalten das diese Belastung eine massive Belastung für die Siedlerinnen und Siedler ist. Dass die Steigerung außergewöhnlich hoch ist und das die Steigerung unzumutbar ist. Ich stell das vollkommen leidenschaftslos fest. Vielen Siedlern und glauben Sie mir ich habe mit vielen Siedlerinnen und Siedlern gesprochen, vielen Siedlern wird durch diese Erhöhung der finanzielle Ruin drohen und sie werden ihr bisheriges Leben in der bisherigen Form sicher nicht weiterführen können. Danke SPÖ. Viele Siedlerinnen und Siedler werden mehrere Monatsgehälter im Jahr jetzt dafür aufwenden müssen den neuen Baurechtszins, Bauzins tragen zu können. Man rechnet damit, dass es 800 bis 1700 Euro im Jahr sind. Bei den Erben, wo es dann wesentlich mehr ist 2400 bis 4900 Euro im Jahr um aber auch eine Relation zu nennen, es ist das 70 fache beziehungsweise 210 fache des bisherigen Preises. Dankeschön an die SPÖ. ...Zwischenrufe... Das passt schon. Dass die Siedlerinnen und Siedler dazu noch die Erhaltungs- und Verwaltungsbeiträge bezahlen müssen für die Betriebskosten, Indexerhöhungen aufkommen müssen, Kreditzinsen bei Investitionen wird halt stillschweigend

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

übergangen. Zweitens, laut den neuen Verträgen fallen und niemand wir mir hier widersprechen der den Vertrag gelesen hat. Ich habe den Vertrag mit, wer ihn nicht kennt, ich stelle ihn gerne zur Verfügung. Niemand wird mir widersprechen bei einer Beendigung eines Vertrages fallen alle Baulichkeiten auf den Grundstück an die Gemeinde Wien. Alle und zwar entschädigungslos, ersatzlos, eine kalte brutale Enteignung. Die Gemeinde billigt den Siedlern nicht einmal die 25 Prozent laut Baurechtsgesetz zu, haben wir schon gehört heute. Wir wissen auch in Niederösterreich gibt es sogar Möglichkeiten um noch mehr zu logieren, aber in Wien das ist ohnehin irrelevant, weil

ersatzlos, eine kalte brutale Enteignung. Die Gemeinde billigt den Siedlern nicht einmal die 25% laut Baurechtsgesetz zu, haben wir schon gehört heute, wir wissen auch in Niederösterreich gibt es sogar Möglichkeiten noch mehr zu lukreieren, aber in Wien das ist ohnehin irrelevant, weil in Wien die Ablöse Null ist, absolut Null. Das ist eine Vertragsklausel meine Damen und Herren, die sich nicht an die geltenden Rechtsgepflogenheiten orientiert, so drücke ich es aus und so möchte ich auch zitiert werden, eine Vertragsklausel, die zum Schaden der Siedlerinnen und Siedler ist, ich wundere mich, dass die Genossenschaften damit einverstanden waren, aber zu deren Rolle komme ich ohnehin noch. Zum Vertrag gibt es einen ..., das haben wir auch schon gehört, mit Modifikationen zum Baurechtsvertrag, die nicht im Vertrag selbst stehen, man wird schon wissen warum sie nicht im Vertrag selbst stehen, es ist auch heute schon angerissen worden. Wenn nämlich der Bauzins nicht an die Mieter weiterverrechnet werden kann, es gibt ja keine höchstgerichtliche Entscheidung in so einer Hinsicht, dann braucht die Bauberechtigte, das ist die jeweilige Genossenschaft an die Gemeinde Wien nichts zu bezahlen, das darf und kann natürlich niemals sein und muss unter allen Umständen verhindert werden und

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

daher werden die Genossenschaften alles unternehmen müssen um dies zu verhindern und das bedeutet, die Genossenschaften verpflichten sich damit bis zum Obersten Gerichtshof, bis zu den Höchstgerichten zu gehen und auch für mich stellt sich die Frage, bedeutet das, dass man sich vielleicht nicht klar darüber ist, ob die Verträge überhaupt rechtskonform sind, könnte es sein, dass die neuen Verträge vielleicht gar nicht halten, dass die neuen Verträge gekippt werden, muss man hier vorbeugen, weil das ganze nicht so im Recht sich doch befindet wie man glaubt. Viertens, in den neuen Verträgen ist nicht bedacht, dass die Siedlerinnen und Siedler ihre Häuser selber gebaut haben auf eigene Kosten, mit eigenen Händen und dass es überhaupt nicht vergleichbar ist, schon gar nicht mit Gemeindewohnungen, aber auch nicht mit den Siedlungshäusern der Gemeinde Wien, die schlüsselfertig übergeben werden, wo für den Erhaltungsaufwand die Gemeinde Wien zuständig ist, das ist eine völlig andere Situation, die Kosten für die Siedler sind ja wesentlich höher bei ihren Siedlungshäusern, als bei den Siedlungshäusern der Gemeinde Wien, das Alles hat keinen Menschen beim Abschluss dieser Verträge interessiert. Die Siedler sind die Verlierer, mit ihnen ist auch seitens der Gemeinde Wien nicht geredet worden und schon nicht einmal ein Vertrag abgeschlossen, davon ist überhaupt keine Rede, Gesprächsverweigerung, darüber fahren durch die Gemeinde, so läuft es in Wien. Es ist übrigens nicht so Herr Kollege Stürzenbecher, wie auch in den Medien zu lesen war, dass alle Siedler damit einverstanden sind mit den neuen Verträgen, wunderbar ist alles, eine kleine Gruppe vielleicht, das berühmte kleine gallische Dorf, das gegen das Römische Imperium, in unserem Fall die Gemeinde Wien halt wagt aufzubegehren, das ist nicht so, denn mir sind verschiedene Berichte zu Ohren gekommen, dass das nicht so sein kann, wäre nämlich alles so einverständlich, weshalb wurden dann und ich sage ausdrücklich und ich bitte auch hier mich richtig zu zitieren, dem Vernehmen nach, Siedler

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

überredet worden, die für sie schlechteren und nachteiligen Verträge zu akzeptieren. Vielen Siedlern war tatsächlich, Kollege Stürzenbecher es ist so, das Auslaufen der Verträge nicht bekannt und nicht bewusst, sie wurden hier wirklich überfahren, ich sage jetzt nicht, dass das die Schuld der Gemeinde Wien ist, das sage ich nicht, aber vielleicht möglicherweise war es doch ein Versäumnis der Genossenschaften und damit bin ich bei der Rolle der Genossenschaften in diesem, ich nenne es Verfahren. Der Genossenschaft, mit denen die neuen Verträge ja abgeschlossen werden, denn mit den Siedlern selber hat sich ja niemand auseinandergesetzt. Die überwiegende Mehrzahl der Funktionäre der von mir genannten Genossenschaften sind treue, sozialdemokratische Volksleute, die und das ist mein persönlicher Eindruck, alles abgenickt haben, gehorsam abgenickt haben, was die Gemeinde vorgegeben hat. Mit der Annahme der Verträge stellen sich die Genossenschaften nicht hinter die Siedler, sie stellen sich gegen die Siedler, die Siedler und Siedlerinnen, für die sie eigentlich da sein sollten und sie haben hier ein Rolle gespielt und ein Gesicht gezeigt, das mir überhaupt nicht gefällt. Diese Haltung ist für mich unverständlich und sie ist geradezu unverantwortlich den Siedlerinnen und Siedler gegenüber. Ich weiß aus zahlreichen Mitteilung von Siedlern, dass es Genossenschaften gibt, die im Umgang mit ihnen äußerst unkooperativ sind, ich formuliere das jetzt sehr vorsichtig, die bei Beanstandungen kaum oder gar nicht reagieren und vielleicht war es in diesem Sinne und dies bedenkend, war es gar nicht anders möglich und ein anderes Verhalten der Genossenschaften hier auch gar nicht zu erwarten, richtig und vertretbar ist dieses Verhalten trotzdem nicht. Noch ein Punkt, in den Verträgen gibt es keinerlei Kaufoption für die Siedler. Seinerzeit hat, das ist heute schon genannt worden, der ehemalige Stadtrat Faymann, eine Kaufmöglichkeit noch zugesagt, oder zumindest zugestanden, heute will niemand mehr etwas davon wissen, wieder die Nichteinhaltung eines Versprechen, es scheint so zu sein, wenn ein Sozialist etwas

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

sagt, ist es für den anderen das Papier nicht wert auf dem es geschrieben steht. Ich komme ohnehin schon zum Schluss. Die Verträge sind ungerecht, sie sind ungerechtfertigt und sie müssen meiner Meinung nach vollkommen neu ausverhandelt werden, diesmal unter direkter Einbeziehung der Siedlerinnen und Siedler, um den Ruin vieler von denen noch abzuwenden. Die Erhöhung dürfte maximal so weit gehen und niemand meine Damen und Herren, niemand hat je gesagt es soll nie eine Erhöhung geben, das hat überhaupt nie jemand gesagt, aber eine moderate Erhöhung, vielleicht in der Höhe wie es im Schreiben der Siedlungsunion vom April 2010 zugesagt worden ist. Man muss auf jeden Fall danach trachten, dass das Erbrecht zu 100% beibehalten wird, ich meine damit mit dem gleichen Baurechtszins für die Erben und man muss danach trachten, dass es die Möglichkeit eines Kaufes gibt, also eines Eigentumserwerb. Ich ersuche Sie alle sehr dringend meine Damen und Herren von der SPÖ diesen Verträgen, den Abschluss dieser Verträge hier im Gemeinderat nicht zuzustimmen, tun Sie es doch, dann tragen Sie die Mitschuld am Leid und am Elend vieler Siedlerinnen und Siedler und Sie haben Ihre letzte soziale Kompetenz in dieser Stadt endgültig verspielt.

Danke.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsordnung hat sich die Frau Gemeinderätin Matiassek gemeldet! Pardon, Stadträtin!

StRin Veronika **Matiassek** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Um das geht es jetzt gar nicht, ja sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Frau Stadträtin, Sie sind am Wort!

StRin Veronika **Matiassek** (*fortsetzend*): Ja, das hoffe ich, gut! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sie haben der Frau Gemeinderätin Frank einen Ordnungsruf erteilt und zwar unter der Begründung, Sie hat das Stockhol-Syndrom angesprochen,

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

das hat sie, nein ich habe den Eindruck, bitte Sie hören mir nicht zu, ich fange jetzt noch einmal an. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sie haben meiner Kollegin, der Gemeinderätin Frank einen Ordnungsruf erteilt für die Verwendung des Wortes Stockholm-Syndrom, Sie haben in Ihrer Begründung für den Ordnungsruf gemeint, dass das Stockholm-Syndrom eine psychologische Erkrankung sei, das ist unrichtig, es ist lediglich ein psychologisches Phänomen, Herr Vorsitzender es gibt keine psychologischen Erkrankungen, maximal psychiatrische und es ist nachweislich nach ... keine Krankheit und daher möchte ich festhalten, dass dieser Ordnungsruf an Frau Gemeinderätin Frank ungerechtfertigt ist.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ob jetzt Symptom oder Krankheit macht für mich wenig Unterschied, ich bleibe bei meinem Ordnungsruf! Die nächste Wortmeldung hat der Herr Gemeinderat Chorherr! Ich erteile ihm das Wort! Bitte!

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ja meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich greife gerne das Hölzchen auf, dass ja vor längerem der Kollege Walter gesagt hat, in dem er gesagt hat, reden wir über Gerechtigkeit. Ein ..., ein wichtiger Begriff in der Stadt und Gerechtigkeit und Wohnen und Gerechtigkeit im Bereich dieser Baurechtszinsen. Also vorweg, da hat der Kollege Eisenstein recht, ja das ist auf den ersten Blick, eine deutliche Erhöhung, wir sollen uns übereinstimmen wo es um Übereinstimmung geht. Ich habe bei meiner

.... und Gerechtigkeit und Wohnen und Gerechtigkeit im Bereich dieser Baurechtszinse. Also vorweg, da hat der Kollege Eisenstein recht. Ja, das ist am ersten Blick eine deutliche Erhöhung. Wir sollen übereinstimmen, wo es um Übereinstimmung geht. Ich habe bei meiner Debatte vorgestern über den Wohnungsbereich über das zunehmende Auseinanderklaffen gesprochen von jenen,

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

die Wohnungen haben und denen die Wohnungen suchen. Das nimmt zu. Das nimmt dramatisch zu. Und die Debatte, die wir jetzt führen müssen, (*Zwischenruf*) die wir im Bereich des Mietrechtes, im Bereich des Gemeindebaus, im Bereich der Sozialwohnungen, wie sehr kann man eine Entwicklung gerechter machen angesichts eines Wohnungsmarktes, wo die, die eine Wohnung haben und je länger sie diese Wohnung haben, desto im Verhältnis billiger ist es, gegenüber denen die eine neue Familie gründen, die umziehen wollen oder sich eine Wohnung einfach suchen. Und natürlich ist es für niemanden angenehm, (*Zwischenruf*) wer bisher in dem Fall über Jahrzehnte und ich glaube, das ist ja unstrittig, einen sehr, sehr, sehr, sehr, sehr, sehr günstigen Vertrag gehabt hat, ein Grundstück der Stadt Wien zu nutzen. (*Zwischenruf*) Also; diese berühmten 0,9 Cent. Ich meine angesichts dessen, was irgendwo in Wien ist, das ist nahezu ein Geschenk. (*Zwischenruf*) Und jetzt geht es um die Frage, was soll ein Grundstück der Stadt Wien Wert sein, was soll man dafür bezahlen. Egal was jetzt angesetzt wäre, die die mehr zahlen müssen, diese Diskussion kennen wir von der Parkraumbewirtschaftung, nach dem Motto ich habe bisher fürs Parken bezahlt, warum soll ich jetzt was zahlen? Das ist das Leben, das auch zu begründen. Wir haben als Volksvertreter und Volksvertreterin die Aufgabe zu begründen, warum wir zu einem Satz kommen. Unstrittig ist, das niemand, der jetzt ein Grundstück erwirbt und nicht nur am freien Wohnungsmarkt, den lass ich einmal weg, auch im Bereich der Genossenschaften. Wer sich heute eine Genossenschaftswohnung nimmt und auch einen Grundkostenanteil zahlt, das was jetzt diese 2,80 EUR sind, liegt darunter. Das liegt darunter. Ja, im Verhältnis zu dem was sie bisher gezahlt haben, sind die 2,80 EUR eine beträchtliche Erhöhung und ich verstehe, dass man das nicht mit Applaus bedenken muss. Ich ziehe jetzt aber bewusst eine Analogie, einen Vergleich zu einem anderen Bereich, wo wir auch hinschauen und schauen: Leute es kann nicht für die, die schon eine Wohnung

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

haben oder in dem Fall, schon ein Grundstück der Stadt Wien nur Verbesserungen geben. Das ist der Bereich wo wir laufend, ich wiederhole mich jetzt noch einmal, wo wir auf Bürgerversammlungen sind, wo Menschen eine Wohnung haben, wir eine neue Widmung machen und verständlicherweise und das will ich überhaupt nicht geringschätzen. Die, die dort wohnen, sagen: ja, hallo bisher habe ich einen Ausblick gehabt, jetzt habe ich keinen Ausblick mehr. Bisher war nur mein eigener Autoverkehr da, jetzt kommt noch der Autoverkehr der neuen Mieterinnen und Nutzer dazu. Das ist eine Schlechterstellung. Und da sagen wir. Wir fühlen uns auch denen verpflichtet, die eine Wohnung suchen. Und die wollen wir bauen. Und ja, Baustelle ist lästig, einen Ausblick zu verlieren ist auch nicht gut. Wir versuchen ein Gesamtpaket zu schnüren. Und hier ist es ähnlich. Aus diesem Ressort gibt es zwei, ich benenne jetzt nur zwei Finanzströme an Bedürftige oder an Menschen, die es brauchen. Es gibt einmal eine Wohnbauförderung, die muss irgendwo herkommen. Die haben wir um Wohnraum zu schaffen, um Wohnraum zu unterstützen, damit eben nicht Marktpreise gezahlt werden und damit auch der private Wohnungsmarkt, den wir auch brauchen einen gewissen Dämpfer erhält. Und wenn man sich anschaut, die gesamten Neuvermietungs-, Neukaufspreise in Wien, sind sie im Verhältnis zu vielen anderen Städten noch immer sehr günstig. Irgendwo muss dieses Geld auch herkommen. Und insofern wird jetzt nach Jahrzehnten, teils ja 80 Jahren, soweit ich bescheid weiß, Baurechts... die sozusagen auf einem Niveau, (*Zwischenruf*) das knapp über Null gelegen ist, eingefroren waren, gesagt wird, wir ersuchen euch um einen fairen, ja, Herr Kollege Walter, wir glauben, gerechten Anteil an auch Gesamteinnahme der Stadt, die für zwei Dinge auch verwendet werden, um Neubau zu unterstützen, wo andere Wohnungen bekommen oder auch um etwas zweites und da möchte ich auch zum Kollegen Eisenstein jetzt kommen. Es gibt nämlich auch Wohnbeihilfe. Weil eines, Herr Kollege Eisenstein passt nicht ganz

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

zusammen. Einerseits zu sagen: Ja, warum wird den Leuten das nicht zum Kauf angeboten. *(Zwischenruf)* Und dann zu sagen: Ja hallo, wir treiben mit den Preis sie in den Ruin. *(Zwischenruf)* Also, wenn du jemand in den Ruin treibst, indem du für ein Gesamtgrundstück, nehmen wir ein Durchschnittsgrundstück her jetzt rund 250 EUR, das ist jetzt abhängig, ob die Wohnfläche größer oder kleiner ist. Aber für die Nutzung dieser Fläche 250 EUR ist, wenn du so jemand in den Ruin stürzt. Ja und es gibt einige ganz wenige in Wien, für die ist auch sehr viel Geld. Für einen sehr großen überwiegende Anzahl ist 250 EUR im Monat für die Grundkosten zu zahlen gerecht vertretbar. Es ist ärgerlich, weil es eine Erhöhung ist. Das ist vielleicht mehr als ärgerlich, weil es eine Erhöhung ist. Aber wenn man das Gesamtstädtische im Auge hat, ist das zumutbar. Und jetzt geht es einmal nur darum, da werden die Dinge vermischt, dass ja Altverträge, sogenannte Altverträge auf das angehoben werden. Und jetzt ist schon die spannende Frage, von den 2,80 EUR für die Altverträge auf die 8,38 EUR bei Neuverträgen. Das ist schon eine spannende Frage. Das sind die, die auf dem freien Wohnungsmarkt gehen müssen, die können von 8,38 EUR im Einfamilienhausqualität nur träumen. *(Zwischenruf)* Die haben überhaupt.

(Zwischenruf) Ich kenn mich jetzt in diesem Bereich, auch wenn ich im Wohnbauausschuss bin, mime ich nicht den Experten in allen Details. Aber meine These ist, würden wir nur gedanklich, Achtung das ist ein Gedankenexperiment, sagen, da sind fünf Häuser frei, wir schreiben das transparent um 8,38 EUR aus, habe ich nicht die Befürchtung, dass die Stadt Wien auf diesen Häusern sitzenbleiben würde. *(Zwischenruf)* Ich glaube ziemlich eher, dass das extreme Gegenteil der Fall ist, dass sehr, sehr, sehr, sehr viele Menschen in der Stadt *(Zwischenruf)* nicht so Wohlhabende begeistert wären, über diese Möglichkeit so ein Haus um 8,38 EUR zu bekommen. So. Diese 8,38 EUR betrifft aber nicht die, die jetzt schon wohnen sondern da sind es deutlich wenig, 2,80 EUR. Weil hier einige den Kopf schütteln auf

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

der Galerie. Ich kennen Sie nicht. Ich nehme an, dass Sie Mieterinnen oder Mieter oder Nutzerinnen oder Nutzer von derartigen Siedlungen sind. Dann kann ich Ihnen nur sagen, jede Erhöhung bei vielen trifft auf Kopfschütteln. Nein, wie ich es auch in Bürgerversammlungen sage, es ist nicht Aufgabe der Politik Menschen, die eine Nutzung haben, von öffentlichem Eigentum dieser Grund gehört nicht mir, der gehört nicht dem StR Ludwig, der gehört nicht dem Gemeinderat, der gehört aber auch nicht Ihnen. Der gehört der Stadt Wien. Und jetzt geht es darum einen fairen Preis zur besprechen und ja da können Sie mich jetzt prügeln. Ich halte 2,80 EUR angemessenen, fairen Preis gestehe Ärger zu, weil es eine Überhöhung ist, halte das aber weder für asozial noch stürzt man Menschen in den Ruin. *(Zwischenruf)* Und das geht jetzt weitere 60 Jahre um den preis. Also einigen Jahren *(Zwischenruf)* ist man sehr, wie nenne ich das jetzt, ich will nicht privilegiert sagen, aber hat man eine Massl im Leben gehabt. Wenn man die Möglichkeit hat um 2,80 EUR einen Grund letztlich zu mieten. Und wenn es wirklich so sein sollte, dass jemand unter ganz schwierigen, wirtschaftlichen Bedingungen bedürftig ist, dann gibt es die Wohnbauhilfe, die unter anderem aus dem finanziert wird, was Sie als Beitrag für die Allgemeinheit leisten. Wir bemühen uns auch im Wohnungsbereich über die Wohnbeihilfe die übrigens stark steigt, aber nicht primär für Zuwendungen an Baurechtsprojekte sondern für welche die eben keine Wohnung haben, weil wir leider nicht die Möglichkeit haben, derartige Bedingungen öfter in der Stadt anzubieten. Weil de Grundstückspreise uns in einer Weise davon galoppieren. Ich möchte mich nicht wiederholen. *(Zwischenruf)* Wenn es irgendwie nicht anders abgeht. Also, das halte ich für weder asozial und abschließend: Nein, ich halte es für falsch das zu verkaufen. Genauso wie ich es für falsch halte, Gemeindewohnungen zu verkaufen. Natürlich würden das vielleicht manche gerne kaufen wollen, weil in der Tat ist einen Anlage in Immobilien heute eine günstige und wenn man empfehlen würde, wo

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

kannst du sicher sein, dass aus deiner (*Zwischenruf*) Bitte? Ich sehe auch. Also, ich. So, Achtung. Ich habe jetzt Koalitionär ich würde in der Zukunft in der Tat restriktiver sein, öffentlichen Eigentum in Summe zu verkaufen. Ich halte Baurecht

Und wenn ich wem empfehlen würde, wo kannst du sicher sein, das aus deinem, aus deiner, Bitte? Ich sehe auch, also ich würde, also Achtung, ich habe jetzt Koalitionär, ich würde in Zukunft, in der Tat, restriktiver sein, öffentliches Eigentum, in Summe, zu verkaufen, weil ich hatte Baurechtslösungen, langfristige Baurechtslösungen für vernünftiger, wo man nach langer Zeit sich wieder neu überlegen kann, wie das letztlich geht. Sinn ist, sind da Fehler passiert, ja, ich glaube, dass da auch Fehler passiert sind. So, die Frage ist wer ist nun Schuld? Fehler passieren immer. Ob, weil, Ja, ich habe auch, alle Mitglieder des Wahnausschusses haben sehr viele Mails erhalten. Ich habe auch viele Mails erhalten und das Einzige, wo ich konstruiere, eine Kommunikation, eines großes Kommunikationsproblem, das vielen nicht bewusst war, das ein befristeter Vertrag irgendwann auch abläuft. Jetzt frage ich mich aber schon, wer hat die Verantwortung, hat die Stadt Wien, die Verantwortung zu sagen, du, du hast da einen 80jährigen Pachtvertrag, ich muss da alle, jedes Jahr, oder alle drei Jahr, oder alle fünf Jahr schreiben, sehr geehrter Herr Nutzer, ich wollte nur sagen, nur dass man sich sicher sein, dass sie das wissen, weil Ja, das wirkt für viele jetzt, das ist für viele ein Problem, die in Unkenntnis, dass dieser Vertrag abläuft, vielleicht vor drei Jahren eine große Investition getätigt haben und sagen, Hallo, das habe ich nicht gewusst. Da frage ich aber schon, gibt's da nicht auch eine Mitverantwortung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern, wenn ich in einer Mietwohnung sitz, dass ich mir dann irgendwann meinen Mietvertrag durchlese, oder wenn ich auf einem Baurechtszinsprojekt sitze, mir anschauen muss, dass auch 80 Jahre jetzt ja lang

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

sind, aber auch 80 Jahre irgendwann enden. Lange Rede, kurzer Sinn, natürlich finden das viele nicht klass. Klass finde ich aber viele die dort wohnen, die das akzeptieren. Es ist ja nicht so, dass jetzt alle, wie viel tausend, ich glaube, einige tausend Nutzer gibt es, dass da jetzt alle sagen, Sauerei, viele sagen, das verstehen wir, das ist irgendwie ein Geben und Nehmen und das ist irgendwie ein halbwegs faires Angebot, das die Stadt da macht. Einige finden das sehr unfair und darüber gilt zu streiten. Es gibt kein Gesetz, das sagt, was ist Gerechtigkeit, aber seitens meiner Fraktion kann ich sagen, ich halte das für eine gerechte Vorgangsweise und mir sind in hohem Ausmaß die ein Anliegen, die jetzt 20, 16, 25 oder 30 Jahre alt sind und Wohnungen zu Preisen suchen, wo ich mich frage, wie man mit 1 000, 1 100, 1 200 Euro Nettoeinkommen Preise am freien Markt abdecken kann, im Verhältnis dafür, halte ich das für ein faires Angebot. Dankeschön.

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich darüber informieren, dass Herr Klubobmann Gudenus ab 17:00 Uhr entschuldigt ist. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Kasal, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie noch sechs Minuten Redezeit haben.

GR Mag Günter Kasal (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Vorsitzende, Herr Berichterstatter, Herr Stadtrat, meine Damen und Herren!

Ich darf kurz auf den Herrn Chorherr, gleich einmal zu Beginn antworten. Ich sage oft bei Bürgerkontakten, bei Veranstaltungen, liebe Leute, besuchts einmal die Bezirksparlamente, die Bezirksvertretungen, kommts einmal auf Besuch in den Gemeinderat, seht euch bitte die Leute an, denen ihr eure Stimme gebt. Das würde das Wahlverhältnis grundlegend verändern, meine Damen und Herren. Ich fange gleich einmal, ich geh gleich weiter auf den Herrn Chorherr ein, der Herr Chorherr hat gesagt, er würde den Verkauf von Kleingärten auch nicht zu stimmen, er hat so seine

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Thesen. Was ich mich, als Mandatar und als Mitglied des Wohnbauausschusses und des Gemeinderates frage, wir haben auf jeder Tagesordnung zehn, zwanzig Verkäufe von Kleingärten. Warum hebt er dann jedes Mal bitte die Hand? Warum hebt er jedes Mal im Gemeinderat die Hand beim Verkauf von Kleingärten, wenn er es eigentlich nicht tun möchte. Gut, der nächste grundsätzliche Irrtum vom Herrn Chorherr war, wie er gemeint hat, schreiben Sie etwas um 8,38 Euro aus. Ja, Herr Chorherr, da werden sich viele melden, aber die Häuser, die um 8,38 Euro ausgeschrieben werden, die sind bereits bezugsfertig, erhalten, renoviert, ausgebaut und wohnlich gemacht. Ja diese Kosten, haben die Genossenschafter persönlich getragen, nicht ein fertiges Haus um 8,38 Euro bekommen. Das nächste, was Sie noch gesagt haben und da bin ich mir nicht sicher, ob Sie den Akt, 4,06 hab ich noch, ob dieser Preis, dieser Preis wäre 60 Jahre gleich, da bin ich mir nicht sicher, ob Sie den Akt gelesen haben, der Preis ist Index, wird Indexmäßig angepasst, also er wird nicht gleich bleiben. Aber jetzt möchte ich kurz auf den Kollegen Stürzenbecher eingehen, der Kollege Stürzenbecher und da bin ich wirklich persönlich sehr sensibel, hat mich der Unwahrheit bezichtigt, weil ich gesagt habe, die Genossenschafter haben ihre Zustimmung und ihre Unterschrift geleistet, die meisten davon, in Unkenntnis des Vertrages über den vorübergehenden Verzicht, wie heißt es genau, Vereinbarung über einen vorübergehenden Verzicht, den Baurechtsvertrag haben die wenigsten gesehen und den Sideletter. Ich habe auch die Briefe gerne mit, wo um die Unterschrift ersucht wurde. Na bitte fragen Sie doch Ihre eigenen Genossen, ich gebe Ihnen einen Tipp, ich glaube der Kollege Wurm von Ihnen, der weiß das ziemlich genau. Und da bin ich unsensibel und das stimmt, das ist nachvollziehbar, nachprüfbar und das werden auch die meisten Ihrer Genossenschafter bestätigen. Es ist unredlich, jemand anderen, in diesem Zusammenhang der Unwahrheit zu bezichtigen, wenn er genau die Tatsachen hier

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

herausßen wiedergibt. Mit diesem Verhalten, dass hoffentlich von möglichst vielen Menschen bemerkt wird, sind Sie, genau so wie der Herr Chorherr, ein Multiplikator für unser nächstes Wahlergebnis, wofür ich mich aber bedanke.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist der Herr GR Walter, ich weise Sie darauf hin, dass Sie noch 13 Minuten Redezeit haben.

GR Norbert **Walter, MAS** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren!

Kollege Stürzenbecher, mich als Demagogen zu bezeichnen ist, ist in der Tat sehr kühn, weil da glaube ich bin ich sehr weit davon entfernt und wenn Sie mir genau zugehört hätten, dann habe ich argumentiert, dass diese Siedlerinnen und Siedler ihre Häuser selbst gebaut haben und das ist wohl ein kleiner, feiner Unterschied, als ob ich ein Schlüsselfertiges Haus hingestellt bekomme und dann mit Sack und Pack einziehe, oder ob ich mit eigener Hand und Arbeit ein Haus aufbaue und wenn Sie das abstreiten, dann weiß ich nicht, dann ist es möglicherweise so, dass Sie noch nie ein Haus gebaut haben, ich hab selber schon zwei gebaut, wenn Sie es genau wissen wollen und ich kann Ihnen sagen, das ist etwas mehr Arbeit, als wie wenn ich eine Firma anrufe, beauftrage und die stellt mir das hin, so wie ich es will. Ja, genau und der Baurechtsdienst gründet sich wohl darauf, dass ich dann, wenn die Siedler damals in der Not die Häuser gebaut haben, deswegen war er auch günstig, weil sie es selber bauen mussten, weil die Gemeindeeigenen Siedlungshäuser sind auch günstig, wenn wir uns ehrlich sind, oder und im Verhältnis sind sie sogar doppelt günstig, wo ist der Herr Kollege Chorherr, das meine ich mit Fairheit, mit Fairness und Gerechtigkeit und im Übrigen, wenn wir schon davon reden, wir haben heute in das erste Poststück gehabt, Semmelweisklinik. Dort argumentiert ihr, einen schwachen Verkaufspreis und sagts, naja, das ist ja gut so

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

und auf der anderen Seite, für diejenigen die es brauchen, die das Geld nicht haben, die das selber gebaut haben, da sagt ihr, is wurscht, die sollen pecken. Das finde ich nicht in Ordnung, weil da kann man mehr Geld heraus holen und dann wäre das auch gerechter. Und noch einen Satz, ich kann sogar etwas nachvollziehen bei dem Argument, dass die Wohnungssuchenden, die heute neu auf Wohnungssuche sind, sich erstens schwer tun, weil es keine Wohnungen am Markt gibt defakto, dass sie sich schwer tun, weil sie in der Regel schlechte Einstiegsgehälter haben, gerade Jungakademikerinnen, Jungakademiker und, und, und. Kann ich durchaus alles nachvollziehen, aber ich glaube, man sollte auch und das muss man auch fairer Weise dazu sagen, die Dinge dort lassen, wo sie sind, denn die Siedlungshäuser, die jetzt indexiert werden, die zahlen nicht in 60 Jahren das Gleiche, weil mit dem VBI Index ist es jedenfalls auch etwas mehr, nur der guten Ordnung halber.

Das.....

Und kann ich durchaus alles nachvollziehen, aber ich glaube man sollte auch und das muss man auch fairer weise dazu sagen, die Dinge dort lassen wo sie sind, denn die Siedlungshäuser die jetzt indexiert werden, die zahlen nicht in 60 Jahren das gleich. Weil mit dem ...Index ist es jedenfalls auch etwas mehr. Nur der guten Ordnung halber. Dass wir heute leistbare Wohnungen auf den Markt bringen möchten und jetzt komme ich zu einem Vorschlag den sie gemacht haben, Herr Chorherr dass wir durchaus darüber nachdenken können, das nicht alles was in der Stadt verkauft wird und als Wohnbau heran gezogen wird, ständig in die Höhe steigen muss. Da können wir durchaus darüber nachdenken dass es ein Widmungsinstrument geben kann, wo man sagt dass ist für Wohnbau hinkünftig

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

bereit zu halten oder es ist bereit zu halten für den Weinbau und da gibt's dann keinen Kleingarten und nichts anderes, sondern gibt's genau das, darüber kann man reden, aber das könnte man heute auch schon tun, weil der größte Grundstückseigentümer ist der Stadt Wien und der Wohnfond der hat ja schon ein Haufen Grundstücke weil eines darf dann natürlich auch nicht sein, wenn der Wohnfond am Markt als Immobilieneinkäufer auftritt. Na was passiert denn dann, die treiben sich gegenseitig die Grundstücke in die Höhe, das ist ja wohl auch klar, dann muss man es anders machen und in dem Sinne glaube ich wenn man will und jetzt ist der ... wieder da, dann kann man durchaus etwas bewegen und ich finde es trotzdem nicht fair, ich finde es trotzdem ungerecht vor allem gegenüber den Siedlerinnen und Siedlern weil sie es selber gebaut haben und dazu noch ein Wort, Herr Kollege Chorherr, sie waren nämlich gestern nicht da. ... ich glaube nicht dass er rechts ist, Eigentum ist eine Frucht von Arbeit. Eigentum ist wünschenswert ein positives Gut in der Welt. Das einige Reich sind zeigt dass andere reich werden können und das ist wiederum eine Ermutigung für Fleiß und Unternehmergeist. In dem Sinne, danke. *(Beifall)*

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Margulies. Sie haben 20 Minuten Redezeit.

GR Dipl-Ing Martin Margulies (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube der Kollege Kasal war es, man soll sich die Menschen ansehen die man wählt und nachdem wir heute erfreulicherweise sehr viele Gäste hier haben. Auch wenn sie auf den ersten Blick wahrscheinlich gekommen sind um ihren Unmut über die Erhöhung ihrer Baurechtszinsen ausdrück zu verleihen, ist es notwendig glaub ich die ganze Sache in einem Gesamtsummenhang zu stellen. Und ich verstehe es aus individueller Ebene verstehe ich es, wenn ich für etwas mehr

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

zahlen muss. Es ärgert mich, genauso wie es mich früher gefreut hat, dass meine Kinder im Kindergarten plötzlich nichts mehr zahlen mussten. Wie es mich jetzt freut dass die Tarife der Wiener Linien mit der Jahresnetzkarte nur mehr 365 Euro sind ärgert mich die Eine oder Andere Gebührenerhöhung.

Und dann versuche ich für mich selbst auch immer in Relation zu setzen, wer zahlt eigentlich was und wofür. Und dann schau ich mir die Grundstückspreise an wie sie momentan im 22. sind wie sie momentan im Glanz sind, als ein Beispiel. Wo wir auch eine dieser Siedlungen haben, dass der Grundstückspreis momentan über 1.000 Euro pro Quadratmeter nur um zu wissen über welche Gegenden wir leben und dann mache ich Ihnen allen ein Angebot schauen sie sich via google map, dreidimensional momentan einmal wirklich die betroffenen Siedlungen an. Und es wird in diesen Siedlungen und das ist traurig, Menschen geben die sehr wenig Geld haben. Die gibt's zweifelsfrei aber schauen sie sich an, so manche Siedlung in jeden dritten Garten ein eigener Swimmingpool, wirklich schauen sie sichs an.

(Zwischenruf)

Und dann sagen Sie, nein ganz kurz. Sorry *(Zwischenruf)*

Noch einmal, deshalb sage ich, schauen Sie sichs selbst an. Besuchen sie die Menschen, ich habe die ein oder andere Person auch besucht so ist das nicht. Nocheinmal Sie sagen selbst Eigentum ist in Ordnung, aber dann ist auch städtische Eigentum in Ordnung oder alle dürfen Eigentum haben, nur der Staat nicht und die Stadt nicht.

Einigen wir uns einmal Grund und Boden gehört der Stadt, es ist nicht so.

(Zwischenruf)

Es ist nicht so dass wir jetzt der Meinung sind. *(Zwischenruf)*

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Es ist nicht so dass wir jetzt der Meinung sind, dass die Menschen hinkünftig das zahlen was jede andere gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft jetzt bauen will, ein vielfaches davon zahlt. Nein, es geht um 2,90 und um ein Missverständnis einmal kurz, jeder Mensch rechnet seine Monatsmiete am Quadratmeter 2,90 im Jahr, 2,80 im Jahr sagen wir für 400 Quadratmeter, davon geringer Teil verbaut mit Haus. Selbstgebautes Haus das er nicht mit einer Miete belastet wird oder irgendwas, sondern die Stadt Wien stellt ein 400 Quadratmeter Grundstück zur Verfügung und dafür zahlt man im Monat hinkünftig in dem man es, in manchen Fällen um 80 Jahren um nix gehabt hat, 100 Euro im Monat. Dafür und jetzt komme ich zum Positiven. Sie ermöglichen damit andere Menschen günstige Wohnungen. Ja sie ermöglichen damit anderen Menschen günstige Wohnungen. *(Zwischenruf)*

Kollege Jung, ok, ich komme zu Ihnen zurück. Ich muss kurz unterbrechen, weil manche Menschen fallen ja auf die FPÖ rein. Da gibt's einen Grundstück in Eßling was einer Frau ... einmal gehört hat. *(Zwischenruf)*

Das hat ein Kollege Wansch. *(Zwischenruf)*

Nach 3 Sekunden? Ein Kollege Wansch um einen Bruchteil dessen verkauft was es wert ist verkauft, ich glaube um 100.000 Euro. Jetzt hängen drei Einfamilienhäuser auf das ist das Modell der FPÖ möglicherweise waren die schon bei Ihnen zu Hause und sagen machen sie auch eine Stiftung, kommen sie zu uns, ich bin überzeugt davon dass ist nicht die einzige Stiftung die den Herrn Wansch gehört. Aber manchmal denke ich mir es ist nicht der Herr Wansch.

Dahinter muss der Jung stecken, weil der ist wirklich der Jenige dem solche Modelle ... dem Herrn Wansch traue ich das nicht zu. *(Beifall)*

Sie sind das Mastermind hinter all der gesamten Geschichte, sind sie nicht stolz darauf. Entschuldigung aus ihrem Blickwinkel ist das doch ein Erfolgsmodell und ich

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

glaub nur dass sie ja dahinter stecken. Macht nichts der Herr Jung weiß wie es geht. Der Herr General der selber gesagt hat er hat für 60 Prozent arbeiten, 100 Prozent Geld beim Bundesheer bekommen und die 41. Stunde hat er auch noch verrechnet. Schauen sie sich einmal an die sich nicht einmal zurück halten können, wenn man ihnen einen Spiegel vorhält, das sind die Menschen und jetzt komme ich zurück zu den Baurechtsgründen, das sind die Menschen die davon leben Menschen gegeneinander aufzuhetzen, das Angebot der Stadt Wien wurde nicht aus Beliebigkeit oder Desinteresse von weit mehr als 90 Prozent der Betroffenen Siedler und Siedlerinnen, sie sagen ich finde das ungerecht und es ist legitim es individuell ungerecht zu empfinden. Es ist legitim aber eine Gesellschaft kann nicht auf dem ... Unrechtsempfinden aufbauen sondern muss sich überlegen was ist für eine Gesellschaft in Ordnung und da kommen wir tatsächlich zu der Frage von Vermögen und ich sage ihnen was, ich würde es Ihnen gerne schenken sogar. Den gesamten Baurechtszins und ich würde für viele Mieter und Mieterinnen in Wien ihnen gerne das Geschenk machen ihnen die Miete zu schenken. Weil die Einnahmen von Wiener Wohnen, die Mieterlöse von Wiener Wohnen sind ja eh nur in der Größenordnung, Kollege Ludwig korrigieren sie mich von 3 Milliarden EUR ganz grob bei Wiener Wohnen, die Erlöse aus Mieten, nicht Betriebskosten, würde allen Menschen gerne schenken nur dann müssten wir die Einnahmen von wo anders herbekommen.

Und von wo wir die Einnahmen her bekommen können, und das sehen wir bei der Debatte über Rettungsschirme bis hin bei der Debatte über Gebühren da gibt es den Vorschlag von uns, nehmen wir die wirklich vermögenden nicht sie, sondern die wirklich vermögenden

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

..... und von wo wir die Einnahmen herbekommen können. und das sehen wir bei der Debatte über Rettungsschirme bis hin bei der Debatte über Gebühren. DA gibt es den Vorschlag von uns, nehmen wir die wirklich Vermögende, (*Zwischenruf*) nicht Sie, sondern die wirklich Vermögenden, wo wir lesen im "Trend" die 50 reichsten Familien besitzen über 150 Milliarden EUR Vermögen, aber die werden geschützt. Die werden geschützt von der ÖVP und von der FPÖ. (*Zwischenruf*) Aber von irgendwo her muss sich eine Stadt, eine Kommune, ein Land finanzieren, um ein Gesundheitssystem zu garantieren (*Zwischenruf*) und Wohnungen zu garantieren. Und in dem Sinne glaube ich, dass die heute beschlossene Erhöhung, zu beschließende Erhöhung nicht unsoziale ist und dort , wo es wirklich Härten trifft, federt die Stadt Wien ab. Ich danke sehr. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich Herr GR Jung. Sie haben drei Minuten laut Geschäftsordnung.

GR Mag Wolfgang Jung (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Frau Vorsitzende!

Schwere Zeiten, in dem Sie übernommen haben. – Der Herr Kollege hat eben behauptet, ich hätte während meiner Berufszeit im Bundesheer 100 Prozent kassiert und 60 Prozent – (*Zwischenruf*) nein, das habe ich nie gesagt, (*Zwischenruf*) nein das habe ich nie gesagt, (*Zwischenruf*) dann zeigen Sie mir, wo ich gesagt habe und behaupten Sie nicht. (*Zwischenruf*) Das ist der Vorwurf einer, (*Zwischenruf*) das ist der Vorwurf einer kriminellen Handlung . Denn Sie wissen ganz genau, dass kein Bundesbediensteter 100 Prozent dafür bekommt, wenn er im Parlament ist oder hier im Gemeinderat, sondern seine Arbeitszeit entsprechend zu reduzieren hat und ich habe sie auf 60 Prozent reduziert gehabt. Ich durfte, und das kann ich nachweisen, jeden Tag brav meine Zeit im Büro absitzen, weil der Herr Minister, aber das ist nicht

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

meine Schuld, der rote, mir keine Arbeit geben wollte, weil er Angst gehabt hat, dass seine Unterlagen irgendjemand erfährt, was er da vielleicht eben plant. *(Zwischenruf)*

Das ist, *(Zwischenruf)* das ist nicht meine Schuld. Das war auch rote Willkür dieses Ministers, Herr Kollege. *(Zwischenruf)*

Und jetzt sage ich Ihnen noch was: *(Zwischenruf)* und jetzt sage ich Ihnen *(Zwischenruf)* –

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** *(unterbrechend)*: Ich darf Sie ersuchen, den Kollegen Jung ausreden lassen, er hat drei Minuten für die tatsächliche Berichtigung, noch zwei.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(fortsetzend)*: Jetzt sage ich Ihnen noch was, Herr Kollege: Sie haben hier einen Vorwurf getätigt, ich hätte etwas Ungesetzliches getan. Ist Ihnen klar, dass das klagswürdig ist. Ich glaube, langsam aber sicher, meine Kollegen und ich werden das jetzt besprechen und überlegen, dass wir Sie jedes Mal für Ihre ungerechtfertigten, willkürlichen Behauptungen, denn wenn Sie zurechnungsfähig sind, ist es klagswürdig. *(Zwischenruf)* Nein, das habe ich nie – vors Gericht bringen, denn anders kapieren Sie es nicht als mit einer Zivilrechtsklage. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich darf ersuchen, mit Worten wie "Zurechnungsfähigkeit" sehr sorgsam umzugehen.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Dr Wansch. Er hat 20 Minuten.

(Zwischenruf)

GR Mag Dr Alfred **Wansch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Die Kollegen Chorherr und Margulies haben sich in fast schon bedauernswerter Hilflosigkeit enttarnt. Und wenn man sich jetzt anschaut die Rede vom Kollegen Margulies, dann ist der erste Teil der Rede ein kommunistischer Neidkomplex, der, wenn er nicht so gefährlich wäre, (*Beifall bei der FPÖ.*) ein Neid auf alles, was Menschen besitzen, das sie sich erarbeitet haben. Weil nur so ist es zu erklären, dass aus ihm herausbricht, wenn er wo einen Swimmingpool sieht, dann muss man enteignen, dann muss man Mieten erhöhen, da muss man zugreifen. (*Beifall bei der FPÖ.*) .Das sind die wahren Motive der GRÜNEN in Wien. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf*)

Und ich warne Sie, weil ich habe es bei Veranstaltungen von Gemeinderäten der SPÖ schon gehört, die haben nicht die Swimmingpools vorgehalten, sondern die haben die Automarken vorgehalten und haben erzählt, was jeder Nutzer für ein Auto besitzt, das er sich erarbeitet, wo er von seinem Gehalt die Steuer bezahlt und davon dann sich noch ein Auto leistet. Da springen dann wieder die Neidkomplex an. Ich warne Sie, dass Sie Gemeinderäten der SPÖ und der GRÜNEN irgendetwas zeigen, was Sie besitzen, weil es wird Ihnen weggenommen. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf*)

Jetzt sind wir (*Zwischenruf*), jetzt sind wir (*Zwischenruf*) jetzt sind wir, (*Zwischenruf*) – ich habe am gestrigen Abend, weil diese verleumderischen Lügen jetzt schon seit zwei Tagen, Montag, Dienstag, meine Person betreffend hier immer wieder bei Reden und bei Zwischenrufen geäußert werden, habe ich gestern am Abend klargestellt. (*Zwischenruf*) Ich habe erstens klargestellt, dass es nicht ehrenrührig ist, wenn man ehrenamtlich als Vorstand einer Stiftung tätig ist. (*Zwischenruf*)

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Das Zweite, was ich festgestellt habe, ist, dass es ehrenrührig ist, wenn man wider besseren Wissens Lügen verbreitet. Und das ist wieder die Hilflosigkeit (*Zwischenruf*), das ist wieder die Hilflosigkeit der GRÜNEN, dass sie mangels politischer Alternativen nur eines können, eine Lüge in den Raum stellen, verleumden und die Verleumdung immer wieder wiederholen. (*Zwischenruf*) Sie hören es wieder.

Das ist das einzige Programm, aber ich komme zurück, weil ich ohnehin nicht verstanden habe, was die Angaben (*Zwischenruf*) – ich habe schon gesagt, das habe ich Ihnen auch gestern gesagt, aber Sie sind selten hier, und wenn Sie hier sind, hören Sie nicht zu. Ich habe gefragt, wer soll zurücktreten – das Opfer einer Verleumdungskampagne oder die Täter, die Verleumder. Aber da sehen Sie, wie interessant das ist, wir sprechen über eine monatelang vorbereitete Enteignung der Baurechtsnutzer, die ihre Objekte mit eigenem Einsatz gebaut haben, die sollen de facto enteignet werden. Wir sprechen über dieses Thema, haben dieses Poststück, das hat für Sie Bedeutung und dann fällt den Kollegen von rot und grün nichts anderes ein als über eine Stiftung und über einen Gemeinderat Lügen zu erzählen. Ich lasse Sie gerne die Lügen weiter erzählen, aber stimmen Sie einem zu und helfen Sie den Nutzern der Baurechtsgründe, dass Sie hier zusagen, die Verträge in dieser Form, mit diesen unsozialen Baurechtszinsen werden Sie nicht abschließen. (*Zwischenruf – Beifall bei der FPÖ.*)

Und dann sage ich Ihnen noch und dann dürfen Sie mich weiter schimpfen, da tu ich mich nicht einmal opfern, weil man bekommt von den GRÜNEN ohnehin nichts anderes zu hören, das muss man aushalten und ich habe breite Schultern.

Aber eines noch zur Sache: Es wird nämlich hier teilweise nicht so klar dargestellt, man hat das Verhältnis Stadt Wien, man hat die Genossenschaften, zum

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Großteil der sozialistischen Partei zugeordnete Genossenschaften und man hat die Nutzer als Opfer. Jetzt gibt es Rechtsgutachten, nicht nur ein Rechtsgutachten, das die FPÖ in Auftrag gegeben hat, sondern auch Gutachten, die den Genossenschaften vorliegen, die besagen, es verstößt gegen das Gesetz, wenn die erhöhten Baurechtszinse den Nutzern weiterverrechnet werden. Diese Tatsache, meine Damen und Herren, ist den Genossenschaftern und ist der Stadt Wien und ist der SPÖ bekannt. Weil es Ihnen bekannt ist, mussten Sie ein bisschen zurückrudern und das verkaufen Sie jetzt als Geschenk, dass Sie die vertraglichen Baurechtszinse geringfügig reduziert haben. Und andererseits haben Sie das Problem, dass Sie offensichtlich nicht einfach einen Baurechtsvertrag abschließen und sagen, ja wir haben monatelang verhandelt, machen wir einen Vertrag, schreiben in den Vertrag das hinein, was ausgemacht ist, und legen es dem Gremium Gemeinderat vor. Nein, da wird ein Baurechtsvertrag gemacht, dann wird ein zweiter Zusatzvertrag gemacht, genannt "Side Letter", weil in Österreich tun wir üblicherweise keine Zusatzvereinbarungen abschließen, sondern nennen das "Side Letters", damit sich ein jeder auskennt, und dann wird dazu noch ein drittes Papier erzeugt. Und ich frage Sie, welcher Mensch, der reinen Gewissens einen Vertrag abschließt, macht daraus drei Papiere. Da wird etwas versteckt, da steckt das Unrechtsbewusstsein drinnen und ich kann denjenigen, die bisher nicht unterschrieben haben, nur empfehlen, keine Unterschrift zu leisten, weil die Erhöhung des Baurechtszinses nicht weiter verrechnet werden darf. *(Zwischenruf)*

Weil die Stadt Wien und die Genossenschaften das wissen, und ich komme dann auch noch auch Personalunionen zu sprechen, weil die Genossenschaften das wissen, haben sie erstens die Mieter dazu genötigt, mit falschen Informationen ihre Zustimmungserklärungen zu unterschreiben. Und ich bedaure jeden, ich bedaure

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

jeden einzelnen Nutzer, der dieser Nötigung und Falschinformationskampagne erlegen ist.

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana (*unterbrechend*): Ich darf Sie ersuchen, Herr Kollege.....

... Mieter dazu genötigt mit falschen Information ihre Zustimmungserklärungen zu unterschreiben und ich bedaure jeden einzelnen Nutzer, der dieser Nötigungs- und Falschinformationkampagne erlegen ist.

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Ich darf Sie ersuchen Kollege Wansch, Wörter wie Nötigung nicht zu verwenden und zur Sache zu sprechen laut Geschäftsordnung.

GR Mag Dr Alfred Wansch (*fortsetzend*): Ich nehmen zur Kenntnis ob ein Freiheitlicher GR hier steht oder ein GR der Grünen, weil Sie alle haben miterlebt welche Worte vom Kollege Magules, welche Anschuldigungen gefallen sind, da war nicht einmal eine Aufforderung und ich bekommen jetzt die Aufforderung aber weil ich den Vorsitz respektiere, die Vorsitzende respektiere werde ich das Wort Nötigung nicht mehr verwenden und sage ganz einfach die Menschen sind dazu gebracht worden Erklärungen zu unterschreiben mit nicht vollständiger Information und wenn ich mir das anschau, das Verhältnis Stadt Wien und Genossenschaften dann gibt es eine Personalunion, jeder kennt sie. Wir haben hier im GR schon darüber gesprochen, Kollegin Schubert und die ist in einer sehr schwierigen Situation, weil sie einerseits Vorstand der Union ist damit die Interessen der Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler, Nutzerinnen und Nutzer vertreten soll und andererseits auf der Seite der Regierungspartei als GR der Regierungspartei natürlich das Interesse vertreten muss, dass Geld herein kommt. Das Ergebnis ist heute schon viel diskutiert

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

worden und liegt im Form eines rechtswidrigen meines Erachtens auf jeden Fall unsozialen und vertragswidrigen Vertrages vor. Ich kann nur abschließend noch einmal sagen, die Argumente sind bekannt die gegen diesen Vertrag sprechen sowohl rechtliche als auch soziale wurden bereits mehrmals hier in dem Haus und im Ausschuss diskutiert und machen Sie sich Ihr Bild, wenn Sie diesen Verträgen zu stimmten. Es ist ohnehin noch nicht das letzte Wort gesprochen, weil am Ende können die Stadt Wien und die Union einen Vertrag abschließen und die Frage wird sich am Ende des Tages stellen, was passiert wenn die widerrechtlich erhöhten Baurechtszinsen dann den Nutzern vorgeschrieben werden sollen. Das wird noch die Gerichte beschäftigen und wird die Politik auch wieder beschäftigen. Dankeschön.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist GR Margulies. Sie haben drei Minuten.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich wünschen uns allen nicht, dass die Gerichte das aufheben, weil sonst kann es tatsächlich passieren, dass der Grund denjenigen zufällt dem er gehört und in diesem Sinne handelt es sich tatsächlich, Berichtigung eins, nicht um eine Enteignung. Wir würden dieses Geschäftsordnung nicht auf der Tagesordnung haben und ich würde Sie bitten hier exakt zu bleiben, es handelt sich nicht um eine Enteignung, weil Grund und Boden der Stadt Wien gehören. Ich würde Sie ersuchen, das zu akzeptieren, das zu respektieren. Zweite tatsächliche Berichtigung, auf die Frage, was steckt da dahinter, wenn man drei Verträge abschließt, dass das Kollege Wansch nicht versteht, verstehe ich natürlich, aber wie ist es dann wenn man Mescha das Grundstück verkauft und sieben Verträge abschließt auf einen kleinen Grundstück mit 700 Quadratmeter damit dort drei Einfamilienhäuser. Die dritte tatsächliche Berichtigung, nur auch um das einmal klipp und klar zustellen. Nein, ich wünsche jeden einzelnen

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Menschen, dass er oder sie so leben kann wie er oder sie sich das vorstellen, das inkludiert Swimmipools, das inkludiert Lofts, das inkludiert Vierzimmerwohnungen und Schlösser, das einzige was ich mir dabei wünsche ist, dass man dann tatsächlich auch einen Beitrag dafür leisten, dass man sich das Leben so leisten kann. Danke sehr.

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Ellensohn. Er hat 20 Minuten.

GR David Ellensohn (*Grüner Klub im Rathaus*): Vorsitzende, meine Damen und Herren. Es ist für Wiener und Wienerinnen, wenn sie uns zuschauen und wir haben nicht immer so viele Leute auf der Galerie sicher spannend auch die Gefühlswelt mitzubekommen. Es gibt auch öfters härtere Auseinandersetzungen zwischen der FPÖ und den Grünen und deswegen sind sie auch gleich unruhig geworden wie mein Kollege Martin Margulies begonnen hat, weil sie ...Zwischenrufe... Wir werden hier sehr oft unterbrochen, weil die können es nicht gut zusammenhalten. Jung, Sie sind ganz schlecht im Zuhören die Herrschaften. Sie sind vorher hier gesessen nur mit einem Scheibenwischer, der Koberik mit dem Scheibenwischer. Unfreundliche, unhöfliche Leute, die glauben es genügt wenn man einen Anzug anzieht und eine Krawatte dann ist man ein Sir. So einfach ist das nicht. Das Problem, das hier bei den Geschäftsstücken ist, die Freiheitlichen versuchen hier mit einem kleinen Bereich der für die Siedler, Siedlerinnen sehr wichtig ist für ihr eigenes Leben hier Punkte zu machen und ein FPÖ Politiker hat am Anfang dieser Diskussion gesagt, schauen Sie sich diese Leute an von denen Sie hier vertreten werden und von wen nicht. Jetzt ist gedroht worden, wir warten auf das. Wir werden Klagen einreichen. Ich behaupte hier immer wieder Sachen die unangenehm sind für die FPÖ und ich werde nicht geklagt. Nur damit Sie einen Eindruck bekommen um

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

was es da auch geht. Ich behaupte, dass in der Freiheitlichen Partei mehr Kriminelle sind als in der österreichischen Durchschnittsbevölkerung. Dieser Satz wurde noch nie geklagt, weil ich ihn auch schon vorgerechnet habe. Ich habe Ihnen hier schon, weil ich entsetzt war wie ich das gehört habe auch gesagt, dass in Ihren Reihen jemand der ein Kinderpornograf ist, deswegen verurteilt wird, zwei Jahre, alle Parteifunktionen weiterhin behalten kann. ...Zwischenrufe... Jung, stimmt das was ich sage oder nicht. Das wäre die Frage. Es stimmt, vielen Dank. Sie sagen das es stimmt. Die Anzahl an Leuten in der FPÖ, die Leute abzocken ...Zwischenrufe... Ist dass das schlechte Gewissen oder der schlechte Anstand.

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Ich ersuche den Redner zur Sache zu sprechen und dem Redner zu zuhören.

GR David Ellensohn (fortsetzend): Ohne FPÖ ist es kein großer Verlust, also wenn Sie gehen möchten, dann gehen Sie. Tatsache ist, dass die Freiheitlichen was sie wirklich von Menschen ... Zwischenrufe... Jung, Sie sind gerade da gestanden und haben gesagt Sie haben nichts gearbeitet und haben trotzdem Geld bekommen. ...Zwischenrufe... Sind das wirklich die Freunde und Freundinnen, die man haben will, ich glaube nicht. Sie haben den Eindruck, die Siedler, dass sie von Ihnen vertreten werden, dass hat Mescha auch den Eindruck. Wir behauptet nicht, dass die FPÖ unfair zu den Grünen ist, das spielt keine Rolle, das ist logisch. Wir erwarten keinen anständigen Umgang von der FPÖ mit uns Grünen. Wir erwarten uns auch keinen anständige Diskussion. Was man glauben würde, dass man mit den eigenen Leuten ein bisschen freundlicher umgeht, das tun sie auch nicht. Wer denen den kleinen Finger reicht muss aufpassen ob er danach noch dran ist, was da alles weg kommt. Jetzt noch einmal ganz kurz, Wansch der Ihnen allen nicht so bekannt ist wie Graf

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Ich möchte Sie ersuchen zur Sache zu kommen Kollege, wir haben Gäste auf der Galerie und es ist ein interessantes Geschäftsstück auf der Tagesordnung.

GR David Ellensohn (*fortsetzend*): Einen Wunsch eines FPÖ Mandadas ein der hier gesagt hat wir sollen uns die Leute anschauen. Das war die Idee der FPÖ dass wir das machen soll. Kaum tun man es, ist natürlich große Unruhe. Wansch ist ein Kollege von Graf, der gemeinsam daran gearbeitet hat, die Million ... Zwischenrufe.. Das hängt alles zusammen auch mit den Lebensbedingungen der Menschen die seit 80 Jahren Siedler, Siedlerin und deren Familien Siedler und Siedlerin sind und das hängt schon damit zusammen wie geht man um mit Menschen in dieser Stadt und versucht das verantwortungsvoll und wer nicht. Jetzt verstehe ich sowie

Bedingungen, der Menschen die seit 80 Jahren, seit 80 Jahren Siedler, Siedlerin und deren Familien Siedler und Siedlerinnen sind und es hängt schon damit zusammen wie geht man um mit Menschen in dieser Stadt und wer versucht das verantwortungsvoll und wer nicht. Jetzt verstehe ich so wieder Kollege Martin Margulies auch gesagt hat, jeden der sagt, ja lieber ist mir das billig wie teuer, ist ja auch logisch, sehe ich auch so ja, ich hätte immer gerne weniger Miete gezahlt, ich würde gerne weniger Rate zahlen jetzt, das ist logisch, das verstehe ich, die Frage ist, versucht hier die Stadtregierung mit den Betroffenen anständig umzugehen und versucht es die FPÖ auch wenn sie eine Möglichkeit hat und da muss ich noch einmal sagen, ich habe den Eindruck und ich bin ja nicht alleine damit, den haben in Wien jetzt viele Leute, würde die FPÖ zuständig sein und ... und da Entscheidungen fällen wo ich sage zum Glück müssen Sie das nicht und dürfen Sie das nicht, wie würde es sonst dann gehen den Siedlern und Siedlerinnen, den Wienern und

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Wienerinnen, wie würde es uns dann gehen, was haben Sie denn gemacht wie Sie zuständig waren im Bund, Sie haben ja nicht gesagt Sie werden die Bundeswohnungen verkaufen, Sie haben ja nicht gesagt der Kollege Meischberger FPÖ wird Geld einstecken, Sie sagen ja hier auch nicht, dass ... sie alle verkaufen werden

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Ich ersuche Sie zur Sache zu sprechen, das ist jetzt meine Dritte Ermahnung und nach dem Dritten Mal kann ich Ihnen das Wort entziehen Herr Kollege, es tut mir leid, aber bitte sprechen Sie zur Sache! So lautet die Geschäftsordnung!

GR David Ellensohn (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich versuche den Zusammenhang herzustellen zwischen dem was die Stadtregierung jetzt macht, verantwortungsvoll handeln und dem, was die FPÖ tun würde wenn sie könnte und das auch bewiesen hat und es hängt schon miteinander zusammen. Wir versuchen hier eine Lösung zu finden die für den einen und für die andere Siedlerin vermutlich schmerzhaft ist und versuchen das so sozial wie möglich zu machen. Dort, wo die FPÖ die Möglichkeit hatte, im Bund, haben sie Bundeswohnungen verkauft, in die eigenen Taschen gearbeitet und die Leute ausgenommen, ich behaupte, wenn sie das hier machen dürfen, machen sie das Gleiche, in dem Moment wo die FPÖ mehr zu sagen als wie die ... die wir hier dauernd hören, sind Sie alle verkauft. Die Frau ... war FPÖ Wählerin, die ist gegangen zum Herrn Wansch und zum Herrn Graf und wollte dass man ihr hilft, Sie hatte, der Umgang, Herr Jung, ganz kurz dann haben wir es gleich, ich lese Ihnen eh nicht alle Verbrecher vor von Ihnen, ich mache das eh nicht, hier geht es auch bei einer Diskussion um Anstand bei der Politik, den lassen Sie vermissen, da geht es, Herr Wansch, das halte ich schon aus.

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich bitte um etwas Ruhe im Saal und ich bitte den Herrn Kollegen der am Rednerpult ist zur Sache zu sprechen, sonst muss ich das Wort entziehen!

GR David **Ellensohn** (*fortsetzend*): Ich komme gleich zum Ende. Die Frage ist, ja Sie sagen jedes Mal es reicht wenn jemand redet von uns, das ist ja der normale Zustand, ganz langsam, die Frage ist trotzdem am Ende des Tages möchte man von SPÖ oder von den Grünen vertreten werden in der Stadt oder von der FPÖ, weil das ist ja der Versuch den Sie machen, ich behaupte, wenn ich ein Siedler und eine Siedlerin bin, dann wohne ich in der Stadt und nicht nur dort zu Hause sondern ich fahre auch mit den Öffis, oder ich fahre mit dem Auto, ich habe auch Freunde und vielleicht bin ich mit der Frau ... befreundet, ich bin in der Stadt unterwegs und ich habe sehr viele Wünsche und die betreffen nicht ausschließlich meine Wohnsituation und in Summe von allem, behaupte ich, wenn man sich den Herrn Wansch, den Herrn Kowarik, oder den Herrn Gudenus, der ist auch noch gekommen ist und auch noch Zeit gefunden hat, nachdem er erst ab 17.00 Uhr entschuldigt ist und vorher nicht da war.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Herr Klubobmann Ellensohn, ich habe Sie jetzt wiederholt aufgefordert laut Geschäftsordnung zur Sache zu sprechen. Ich muss Ihnen jetzt das Wort entziehen. Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Wansch! Er hat noch 11 Minuten!

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren die Sie diese Sitzung verfolgen. Das Erste auffällige interessante war, dass der Herr Kollege Ellensohn gesagt hat, dass die Frau ... eine FPÖ Wählerin ist, ich mache mir große Sorgen um das Wahlgeheimnis in Österreich

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Ich darf Sie ebenfalls ersuchen zur Sache zu sprechen Herr Kollege!

GR Mag Dr Alfred Wansch (fortsetzend): Das Zweite ist, wo ich zum Thema überleite, der Baurechtsverträge und mich frage, was nützt das den Nutzerinnen und Nutzern, wenn hier bei diesem Tagesordnungspunkt, wo es um Ihre Zukunft geht, um ihre wirtschaftliche Zukunft geht, irgendein Stiftungsproblem das bei Zivilgerichten anhängig ist, diskutiert wird. Tatsache ist, dass es sich um eine Enteignung handelt, nämlich um eine schleichende Enteignung Herr Kollege Margulies, weil es ganz einfach so funktioniert, der Zugriff der Kommunisten erfolgt in dieser Form, dass sie monatliche Beträge vorschreiben, die für die Siedler nicht mehr leistbar sind, weil gleichzeitig auch die Wassergebühren, es wurden alle Gebühren erhöht, das ist das Modell vom Wasser bis zur, wenn man einen Hund besitzt, zur Hundeabgabe und jetzt wird zusätzlich auch noch der Betrag, den man für das Wohnen bezahlt erhöht, das ist nichts anderes als einen schleichende Enteignung, weil man am Ende, wenn man seinen monatlichen Mietzinsbetriebskosten einschließlich Baurechtszins nicht mehr bezahlen kann, gezwungen ist sein bisheriges Heim aufzugeben und dann ist die Enteignung abgeschlossen, deshalb schleichende Enteignung und Sie wissen das, weil Sie planen es ja so. Ich kann Ihnen nur eines zusichern, dass wir losgelöst von den politischen Provokationen und Verleumdungen, hier Ihre Interessen vertreten, hier das Thema widerrechtliche Baurechtsverträge mit unsozialen sozialwidrigen Baurechtszinsen bekämpfen werden und auch wenn hier und heute Rot und Grün diesen Vertrag beschließen, werden wir nicht aufhören politisch daran zu arbeiten, dass diese Ungerechtigkeit wieder ausgeglichen wird. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet! Die Debatte ist geschlossen! Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Berichterstatter GR Georg Niedermühlbichler: Ja Frau Vorsitzende!

Willkommen zur Ersten Vorsitzführung! Sie haben es nicht leicht gehabt, auch Ihr Klubobmann hat es Ihnen nicht leicht gemacht, aber Sie haben das glaube ich gut gemeistert und daher (*Beifall*) gratuliere ich zu dieser Vorsitzführung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte war sehr emotional, was ich durchaus aber auch verstehen kann, lassen Sie mich aber doch wichtige Punkte hier richtig stellen und klar stellen. Es geht hier um die Erneuerung der Baurechte, die sind notwendig weil die zwölf Baurechtakte, die hier vorliegen mit 31.12.2012 auslaufen und daher verlängert werden müssen, daher muss es jetzt hier im Gemeinderat eine Beschlussfassung geben. Streitpunkt war ja hier die Höhe der Baurechtszinsen und lassen Sie mich auch einiges dazu sagen, Faktum ist, dass seit 80 Jahren der Baurechtsmietzins nicht angehoben wurde, seit 80 Jahren war der sehr niedrige Baurechtszins gültig und wird jetzt angehoben auf einen Betrag von 8,38 Euro pro Jahr, ich möchte das nochmals betonen, weil das nicht jeder Redner dazu gesagt hat, die 8,38 Euro beziehen sich pro Quadratmeter im Jahr, wie kommen wir zu diesen 8,38 Euro, das ist ja nicht ein Betrag den man sich hier ausgedacht hat oder den der Herr Stadtrat hier festgelegt hat, sondern wir haben hier Gutachten eingeholt, von diesen Gutachten das Niedrigste genommen, dieses noch einmal abgezinst und hier sind eben diese 8,38 Euro pro Jahr herausgekommen, dann haben wir aber noch jenen Menschen, die jetzt schon ... sind ein begünstigtes Baurecht eingeräumt von 2,80 Euro pro Jahr, das sind umgerechnet 24 Cent pro Monat, ich glaube hier von unsozial zu sprechen, kann es wohl nicht sein und lassen sie mich noch einen Vergleich machen, nicht mit jemanden der jetzt ein Grundstück kauft und es bebauen

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

.... einen begünstigten Baurecht eingeräumt von 2,80 EUR pro Jahr. Das sind umgerechnet 24 Cent pro Monat. Ich glaube hier von unsozial zu sprechen kann es wohl nicht sein. Und lassen Sie mir noch einen Vergleich machen, nicht mit jemanden der jetzt ein Grundstück kauft und bebauen muss, nicht mit jemanden der jetzt eine Wohnung beziehen muss. Lassen Sie mich einen Vergleich ziehen mit jenen Menschen, die vor 80 Jahren diese Baugründe und diese Baurechte abgeschlossen und dort die Grundstücke bebaut haben. Umgerechnet und der Kollege Stürzenbecher hat das schon gesagt, die Einkommen sind seit dieser Zeit um das Hundertfache gestiegen. Umgerechnet wäre, wenn es hier eine Angleichung gegeben hätte, der Baurechtszins jetzt bei rund 10,80 EUR pro Quadratmeter und Jahr. Das heißt die damals, die Menschen haben für dieses Grundstück für den damaligen Wert des Geldes umgerechnet 10,80 EUR bezahlt pro Quadratmeter und Jahr und da glaube ich wirklich sind die 2,80 EUR, die jetzt bezahlt werden müssen, für Grundstücke, die auch gut aufgeschlossen sind, verkehrstechnisch angeschlossen sind, durchaus sozial verträglich und weil ich davon überzeugt bin, dass dieser Vertrag ordnungsgemäß zu Stande gekommen ist, dass dieses Rechtsgeschäft, das ja zwischen der Stadt Wien und den Genossenschaften hier vereinbart wird und abgeschlossen wird und der Herr Kollege Wansch, ist es hier nicht davon zu reden, dass diese Verträge Unrecht wären. Diese Rechtsverträge abgeschlossen werden müssen, damit eben mit 1.1.2013 die Baurechte fortgesetzt werden können und daher kann ich guten Gewissens empfehlen, diesen Aktenstücken zuzustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir für die eingangs genannten Geschäftsstücke getrennt durchführen.

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Zu Postnummer 70 liegt kein Gegen- oder Abänderungsantrag vor. Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 70 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Dankeschön. Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPÖ und Grünen mehrstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 71. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 71 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Dieser Antrag ist ebenfalls mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und Grünen angenommen.

Wir kommen zur Postnummer 72. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 72 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Dieser Antrag ist ebenfalls mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und Grünen angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung (*Zwischenruf*) über Postnummer 74. Das ist ein Abstimmungsvorgang. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 74 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Dieser Antrag ist ebenfalls mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und Grünen angenommen.

Wir kommen zur Postnummer 75. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 75 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Dieser Antrag ist ebenfalls mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und Grünen angenommen.

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 79. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 79 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Dankeschön. Dieser Antrag ist ebenfalls mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und Grünen angenommen.

Wir kommen zur Postnummer 80. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 80 ihre Zustimmung erteilen wollen. Ich bitte um Ruhe! Wir haben eine Abstimmungsvorgang! Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates noch einmal, die der Postnummer 80 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Dankeschön. Dieser Antrag ist ebenfalls mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und Grünen angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 81. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 81 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Dankeschön. Dieser Antrag wurde überraschend ebenfalls mit der Mehrheit von SPÖ und Grünen angenommen.

Wir kommen zur Postnummer 82. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 82 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Dieser Antrag ist ebenfalls von SPÖ und Grünen mehrstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 83. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 83 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein

Post Nr. 70,71,72,74,79..... - komplett

Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag ist ebenfalls mit den Stimmen von SPÖ und Grünen mehrstimmig angenommen.

Wir kommen zur Postnummer 84. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 84 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag ist ebenfalls mit den Stimmen von SPÖ und Grünen mehrstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 85. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 85 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Dieser Antrag ist ebenfalls mit den Stimmen von SPÖ und Grünen mehrstimmig angenommen.